

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer wähen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 233.

Donnerstag, den 4. Oktober 1917

24. Jahrg.

Eine ernste Mahnung in letzter Stunde.

(Randbemerkungen zu der Gesetzesvorlage über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.)

Die Vorlage sieht die Schaffung eines besonderen Reedereientfchädigungsgesetzes vor. Sie ist es aber in Wirklichkeit schon selbst. Sie gewährt den Reedereien Unterstützung, die weit über das Maß ihrer Verluste hinausgehen, sichert aber keineswegs einen rationellen Wiederaufbau der Handelsflotte.

Die Unterstützungsfrage muß selbständig behandelt werden. Es wird sich dabei u. a. herausstellen, daß die Reedereien während des Krieges nicht nur Verluste, sondern auch Gewinne gehabt haben. Wie weit diese Gewinne gingen, sieht man aus den enormen Steigerungen der Schiffspreise. Schiffe, die vor dem Kriege höchstens 200 Mt. für die Tonne kosteten, sind jetzt unter 600 Mt. die Tonne nicht zu haben. Die Schiffspreise haben sich mindestens verdreifacht. Eine kleine Berechnung zeigt, welches Mißverhältnis sich herausgebildet hat. Die Vorlage nimmt an, daß Zweifünftel unserer Tonnage verloren gingen. Die verbleibenden Dreifünftel haben aber jetzt infolge der Preissteigerung Neunfünftel ihres Friedenswertes. Man kann ohne Uebertreibung annehmen, daß, in Geld ausgedrückt, der gegenwärtige vorhandene Schiffsraum doppelt so viel wert ist, als die gesamte Handelsflotte vor dem Kriege.

Der Vorlage liegt die Illusion zugrunde, daß es genügt, dem Schiffsreeder Geld zu geben, um die Flotte wieder aufzubauen. Das ist aber keineswegs der Fall.

Für den Reeder selbst ist der Schiffserwerb nur in letzter Linie eine Geldfrage. Die Hauptsache ist, ob das Frachtgeschäft sich rentiert. Ist das Frachtgeschäft gut, so muß es, neben der Kapitalverzinsung, Amortisation usw., auch einen hübschen Reedererwerb abwerfen. In diesem Fall wird der gut eingeführte Schiffsreeder ohne Schwierigkeiten Geld zum Schiffserwerb bekommen. Das ist Sache der Banken.

Man glaubt offenbar, daß, wenn man dem Reeder das Schiff bezahlt, das er fahren läßt, er die Frachten billiger berechnen wird. Das beruht auf einer vollkommenen Verkennung des kapitalistischen Verkehrs. Wenn auch der Reeder den Schiffswert geschenkt bekommt, so wird er doch in seiner Frachtkalkulation sowohl die Verzinsung des Kapitals wie den Geschäftsgewinn berechnen, und diesen letzteren so hoch, wie nur möglich. Einerlei, wie er das Geld bekommen hat, ob durch Reichssubvention, Erbschaft oder Lotteriegewinn, das Geld muß verzinst werden.

Es ist eine zweite Illusion der Vorlage, daß sie stillschweigend voraussetzt, die Handelsflotte werde nur von den alten Reedern wiederhergestellt werden. Das wird und soll auch nicht der Fall sein. Der neuzuzukommende wird offenbar, da er keine Subvention erhält, in Nachteil verkehrt gegenüber dem alten Schiffsreeder. Man wird mir darauf erwidern, der alte Reeder muß eben für seine Kriegsverluste entschädigt werden. Aber für die Kriegsentfchädigung ist doch ein besonderes Gesetz in Aussicht genommen. Diese Vorlage sollte nur vom Gesichtspunkte der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit behandelt werden.

Statt dem Tüchtigsten die freie Bahn zu öffnen, verlegt man ihm hier vielmehr die Wege.

Gerade durch die Subvention erhält der alte Schiffsreeder die Möglichkeit, sich um das Geschäft zu drücken und sich als Rentier zu etablieren.

Man bedenke doch! Der Schiffsbedarf nach dem Kriege wird ganz enorm sein. Der Anreiz zur Schiffsbauerei wird also noch viel stärker sein, als es damals war, da die alten Schiffe — ohne Subvention — gebaut worden waren. Schiffe werden also auch jetzt von unternehmenden Leuten gebaut bzw. erworben werden. Aber der neue Schiffsreeder erhält keine Subvention, der alte dagegen bekommt sie. Grund genug für den neuen Unternehmer, sich mit dem alten Schiffsreeder zu einigen, um ihm die Subvention abzukaufen oder mit ihm zusammen das Geschäft zu machen. Eine einfache Kalkulation wird das zeigen.

Nehmen wir an, ein Schiffsreeder habe 50 000 Tonnage Schiffe im Kriege verloren und soll sie nun ersetzt bekommen. Es sind vielleicht alte Rüsten, deren Wert vor dem Kriege höchstens 6 Millionen waren. Nunmehr wird er sich, da die Vorlage ihm dazu die vollste Möglichkeit eröffnet, die allerbesten Schiffe aussuchen. Der Wert der neuen Schiffe dürfte nach den heutigen Preisen 40 Millionen betragen. Er erhält nun vom Reich: 1. Den Friedenswert der Schiffe mit 6 Millionen. 2. Innerhalb der ersten drei Jahre 60 bis 80 Prozent der Mehrkosten, also 20,4 bis 28,2 Millionen — zusammen 26,4 bis 33,2 Millionen.

Der neue Schiffsreeder muß den ganzen Wert der Neubauten mit 40 Millionen bezahlen. Statt dessen, einigt er sich mit dem alten Schiffsreeder, zahlt ihm 15 oder 20 Millionen und macht noch ein gutes Geschäft dabei.

Der alte kann sich mit der auf diese Weise veräußerten Subvention zur Ruhe setzen. Er würde das unbedingt tun, wenn er eben nicht hoffte, aus dem Reedererwerb mehr herauszubekommen als die Verzinsung seines Kapitals. So ge-

langen wir auf diesem Wege zu dem Schlusse, daß die Reichssubvention die Fracht und die Kalkulation des Reeders in keiner Weise beeinflussen wird.

Die Vorlage läßt sogar die Möglichkeit zu, daß Schiffe, deren Wert längst abgeschriebeu worden ist, nochmals mit ihrem Friedenswert berechnet werden und außerdem noch 80 Prozent der erhöhten Baukosten bezahlt werden. Denn sie spricht nicht vom Buchwert der Schiffe, sondern nur im allgemeinen von ihrem Friedenswert. Solange das Schiff schwimmt, hat es einen Friedenswert, sein Buchwert kann aber längst eine Mark sein.

Es wird sich, wenn diese Vorlage Gesetz werden sollte, eine förmliche Jagd nach alten, billigen Schiffen herausbilden, die irgendwo während des Krieges verloren gingen. Denn je schlechter bzw. billiger das verlorene Schiff, desto höher die Entschädigung. Wenn in dem oben angeführten Beispiel der Friedenswert der Schiffe nicht 6, sondern 10 Millionen wäre, so würde die Entschädigung um 4 Millionen geringer sein.

Die Vorlage läßt sogar die Möglichkeit offen, daß Segelschiffe auf Kosten des Reichs durch die besten modernen Dampfer ersetzt werden. Die Tatsache, daß jemand irgendwo in den feindlichen Gewässern, in Amerika oder in Griechenland ein Paar Schleppdampfer oder Leichter oder Segelschiffe oder sonstige Rähne besaß, die man nur irgend wie als Frachtschiffe bezeichnen kann, macht ihn nach dieser Gesetzesvorlage zum Millionär.

Das Hauptübel, unter dem die Schiffsbauerei leidet, ist nicht Geldmangel, sondern die enorme Steigerung der Schiffspreise. Diese hat ihren Grund zum Teil in der Steigerung der Herstellungskosten, vor allem aber in der Tatsache, daß Schiffe selten geworden sind. Das gibt den Schiffsbauern die Möglichkeit, die günstige Konjunktur der exorbitant hohen Frachtsätze auszunützen. Nach dem Kriege, wenn die hohen Verzinsungsprämien wegfallen, wird sich das Reedererwerb noch günstiger gestalten. Aber ewig kann dieser abnorme Zustand nicht dauern. Nachdem der große Warenbedarf der ersten Zeit nach dem Kriege gedeckt sein wird, kommt der Krach in der Reedererei. Das sehen die Banken voraus und entschließen sich deshalb nicht, den Reedereien Geld vorzutreiben zur Anschaffung von Schiffen, solange die Schiffspreise enorm hoch sind.

Es ist notwendig, daß die Schiffspreise heruntergehen. Nur so ist eine Gesundung möglich. Wenn aber der Staat den Reedereien 1½ Milliarden schenkt, so werden die Schiffspreise nicht heruntergehen, sondern erst recht steigen.

Uebermäßig teure Schiffspreise nützen uns nichts, schaden vielmehr, denn sie legen die teuren Frachtsätze fest. Die billigen Frachten haben die deutsche Industrie groß gemacht, nur auf diesem Wege kann sie sich weiterentwickeln.

Gerade weil von der Schaffung einer leistungsfähigen Handelsflotte die gesamte industrielle und folglich wirtschaftliche Entwicklung des Reichs abhängt, muß vor der Illusion gewarnt werden, das ganze Problem lasse sich lösen durch Ueberweisung von hundert Millionen Banknoten an die Schiffsbauer. Das ist die schlimmste wirtschaftspolitische Kurpfuscherie.

Das Schwerkern des Problems liegt nicht im Schiffserwerb, es liegt im Schiffsbau. Die Frage ist: Wie erbauen wir uns am schnellsten und am billigsten eine leistungsfähige Handelsflotte?

Es ist klar, daß dabei vor allem die vorhandenen Schiffswerften in Betracht kommen und die Verteilung des Schiffbaus auf Kriegsschiffe und Handelsschiffe. Will man schnell eine Handelsflotte haben, so wird man zunächst den Bau von Kriegsschiffen gegenüber jenen von Handelsschiffen zurückstellen müssen.

Es ist ferner eine Frage der Bauart. Wenn wenige Schiffstypen gewählt werden und der Bau serienweise geschieht, so ist die Herstellung sowohl billiger als auch schneller.

Es ist eine Frage der Produktionsverteilung. Nur die größten Werke können einen modernen Dampfer selbst in allen seinen Teilen herstellen. Eine Produktionsverteilung, bei der die einen Fabriken die Maschinen liefern, die anderen den Schiffsrumpf usw., würde dem Schiffsbau mehr technische Mittel zur Verfügung stellen und folglich die Produktion beschleunigen.

Es kommt ferner auf die Lieferung von Eisen und Kohle an und die Preise, die dafür berechnet werden.

Um aber das alles durchzuführen, ist ein wohl durchdachter Bauplan notwendig. Die Subventionierung der Reedererei würde nur zu einem Durcheinander der einzelnen Bauaufträge führen. Wir brauchen aber das Gegenteil davon. Wir brauchen einen Gesamtauftrag und eine rationelle Verteilung dieses großen Auftrages auf die einzelnen Produktionsstätten. So erreicht man am ehesten das Ziel — wie im Kriege bei der Munitionsfabrikation.

Es muß eine Zusammenfassung des Schiffsbauwesens unter staatlicher Kontrolle stattfinden. Eine der-

artige industrielle Organisation, die einen groß angelegten Schiffsbau durchzuführen hätte, würde zugleich eine gesicherte Kapitalanlage darstellen. Während also bei der Subvention der Reeder der Staat sein Geld zum Fenster hinauswirft, würde er es in diesem Fall produktiv anlegen.

Die Subventionierung der Reedereien belastet den Kredit des Staates, die Beteiligung des Staates an dem Schiffsbau entlastet ihn, da er sich dadurch eine neue Einnahmequelle erschließt. Im ersten Fall dient der Staat nur als Deckung für die Banken, die im letzten Grunde das Geld hergeben, aber es nicht selbst riskieren wollen, im zweiten Falle tritt er an die Stelle der Banken, die, wenn ihnen die Durchführung dieser großen geschäftlichen Transaktion mit den nötigen Machtvollkommenheiten übertragen worden wäre, gewiß auch das Geld dazu zu finden verstehen würden.

Der Kredit der Staaten ist bereits durch den Krieg stark genug in Anspruch genommen worden. Es muß davon gewarnt werden, mit Milliarden leichtsinnig umzugehen.

Die Frage der Handelsflotte ist ferner eine Frage des Verkehrs. Neben dem verfügbaren Schiffsraum kommt es sehr auf die Nutzung dieses Schiffsraumes an.

Die bestmögliche Ausnützung des Schiffsraumes erfordert eine Regelung des Verkehrs. Die tote Zeit, da der Dampfer auf Fracht wartet, muß auf ein Minimum reduziert werden. Das kann nur erreicht werden, wenn von einer Zentralstelle aus über sämtliche Schiffe verfügt wird und die Frachten rationell auf die einzelnen Schiffe unter Einhaltung regelmäßiger Fahrten verteilt werden.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die Hafenplätze und ihre Lös- und Ladevorrichtungen. Man darf über die deutschen Hafenverhältnisse nicht ausschließlich nach dem mustergültigen Beispiel Hamburgs urteilen. Es liegt da, wie jeder deutsche Schiffsreeder weiß, noch vieles im argen. Nehmen wir ein Beispiel aus der Praxis. Ein Kohlenhändler braucht zur Reise von Stettin nach Kopenhagen nicht ganz einen Tag. Um 3000 Tonnen Kohlen in Stettin aufzunehmen, braucht es gegenwärtig 6 Tage, manchmal auch mehr. Nehmen wir ebensoviele, um die Ladung in Kopenhagen zu löschen, so ergibt das weitere 6 Tage, zusammen 12 Tage. Das Löschen sowohl wie das Laden können aber bei guten maschinellen Einrichtungen auf je drei Tage reduziert werden, auch auf noch weniger. Der ganze Umschlag könnte also ungefähr in der halben Zeit durchgeführt werden. Mit anderen Worten, man braucht bei guten Lös- und Ladevorrichtungen den halben Schiffsraum, um die gleiche Menge Frachten zu bewältigen. Dabei ist nicht gerechnet, daß die Schiffe, bei den ungenügenden Hafenanlagen, oft mehrere Tage warten müssen, bis sie überhaupt an die Reihe kommen.

Da es sich nach dem Friedensschluß um rasche Erledigung ganz abnormer Frachtmengen handeln wird, so gewinnt die Frage der Hafenanlagen eine besonders große Bedeutung. Die Vermehrung des Schiffsraumes hätte nicht viel Wert, wenn dadurch nur die Häfen verstaubt werden würden. Hier muß eingegriffen werden. Wenn man 1½—2 Milliarden, die man den Schiffsbauern schenken will, zum Ausbau der deutschen Hafenplätze verwenden würde, so würde man damit eine gewaltige Erleichterung des Verkehrs und folglich Verminderung des Schiffsbedarfs erreichen. Damit würde sich zugleich die Konstellation auf dem Schiffsmarkt verändern, und die Schiffspreise würden sinken. Dadurch wäre dann wiederum die Möglichkeit gegeben, in rationaler Weise den Schiffsraum zu vermehren.

Eine Erweiterung und Verbesserung der Hafenanlagen würde übrigens auch den Umschlag zwischen der Seeschifffahrt und dem Binnenverkehr, sei es auf den Eisenbahnen oder auf den Binnengewässern, rationeller zu gestalten erlauben.

Die projektierte Subvention der Reeder würde nur die Spekulation fördern, worauf es aber ankommt, ist die Organisation. Das ist der kurze Sinn des Ganzen.

Die Vorlage sieht auch eine Entschädigung der Schiffsbekahlungen vor. Das ist nur recht und billig, ist aber gewiß kein Grund, den Schiffsbauern ohne Nutzen für das Reich 1½ Milliarden zu schenken. Mehrigens wendet die Vorlage für die Entschädigung der Mannschaften andere Grundfälle an, als für die Entschädigung der Schiffsbauer. Ein Matrose, der seine ganze Habe verloren hat, kann nicht mehr als 400 Mark erhalten. Es wird nicht gefragt, wie groß in Wirklichkeit sein Besitz war und ob er bei den enorm gestiegenen Preisen mit 400 Mt. sich den nötigen Ersatz schaffen kann. Dem Reeder dagegen wird an Stelle des verlorenen haufälligen Kapitals der Wert des besten modernen Schiffes ausgezahlt. Wollte man auch den Mannschaften gegenüber in der gleichen Weise verfahren, so müßte man den Matrosen an Stelle der verlorenen Arbeitskleider den besten Frackanzug beim teuersten Schneider bestellen mit Zylinderhut und Glacehandschuhen.

Berlin, den 2. Oktober 1917.

Die Rede Czernins.

Wir haben gestern den ersten Teil der außerordentlich bemerkenswerten Rede des österreichischen Außenministers Grafen Czernin gebracht. Heute liegt nun der Schluß derselben vor, den wir nachstehend zum Abdruck bringen.

Czernin führte weiter aus:
Das jährliche militärische Budget aller großen Staaten könnte mehrere Milliarden umfassen. Das ist eine Unmöglichkeit. Bei allen den Lasten, welche alle kriegsführenden Staaten nach dem Friedensschluß schon mit sich schleppen werden, würden diese Ausgaben, ich wiederhole es, den Ruin der Völker bedeuten. Zurückzuführen aber auf die relativ geringen Rüstungen vor dem Jahre 1914, wäre für einen einzelnen Staat schon ganz und gar unmöglich, denn er wäre dadurch dermaßen in der Hinterhand, daß ihm seine militärische Kraft entfiel, und seine Ausgaben daher völlig zwecklos werden würden. Wenn es aber überhaupt gelingen könnte, auf das relativ geringe Rüstungsniveau des Jahres 1914 zurückzukommen, so würde dies bereits die internationale Rüstungsverminderung bedeuten, nur hätte es allerdings gar keinen Sinn, nicht weiter zu gehen und tatsächlich abzurufen. Aus diesem Engpaß gibt es nur einen einzigen Ausweg, die internationale vollständige Weltabrüstung. Die riesigen Flotten haben keinen Zweck mehr, wenn die Staaten der Welt die Freiheit der Meere garantieren, und die Landheere müssen auf das geringe Maß reduziert werden, welches die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern erfordert. Und nur auf internationaler Basis, das heißt unter internationaler Kontrolle ist dies möglich. Ein jeder Staat wird etwas von seiner Selbständigkeit aufgeben, um den Weltfrieden zu sichern. Wahrhaftig wird die heutige Generation das Ende dieser großen pazifistischen Bewegung gar nicht in ihrer Vollständigkeit erleben, sie kann sich nur langsam durchsetzen. Aber ich halte es für unsere Pflicht, uns an die Spitze derselben zu stellen und alles Menschenmögliche zu tun, um ihr Durchgreifen zu beschleunigen. Bei dem Friedensschluß müssen ihre Grundprinzipien festgestellt werden.

Wie das erste Prinzip das der obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung zu Lande ist, so ist das zweite das der Freiheit des hohen Meeres und der Abbrüstung zur See. Ich sage absichtlich, das hohe Meer, denn ich dehne den Gedanken nicht auf die Meerengen aus, und ich gebe gerne zu, daß für die verbindenden Seestraßen besondere Vorschriften und Regeln werden gelten müssen.

Sind diese zwei ersten jedoch angeführten Momente hergestellt und gesichert, dann entfällt auch jeder Grund für territoriale Sicherungen, und das ist das dritte Grundprinzip der neuen internationalen Rechtsbasis. Der schönen und erhabenen Note, welche Seine Heiligkeit, der Papst, an die ganze Welt gerichtet hat, liegt dieser Gedanke zu Grunde. Wir haben den Krieg nicht geführt, um Eroberungen zu machen, wir planen keine Vergewaltigungen. Wenn die internationale Abrüstung, die wir von ganzem Herzen ersehnen, von unseren heutigen Feinden angenommen, zur Tatsache wird, dann brauchen wir keine territorialen Sicherungen; in diesem Falle können wir auf Verstärkungen der österreichisch-ungarischen Monarchie verzichten, vorausgesetzt natürlich, daß auch der Feind unser eigenes Gebiet völlig geräumt hat.

Der vierte Grundsatz, der eingehalten werden muß, um nach dieser bösen Zeit eine freie, friedliche Entwicklung der Welt zu verschaffen, ist die freie wirtschaftliche Betätigung aller und die unbedingte Vermeidung eines zukünftigen Wirtschaftskrieges. Ein Wirtschaftskrieg muß unbedingt aus jeder Zukunftskombination ausgeschlossen werden. Wir müssen, bevor wir einen Frieden schließen, die positive Sicherheit haben, daß unsere heutigen Gegner diesem Gedanken entsagt haben.

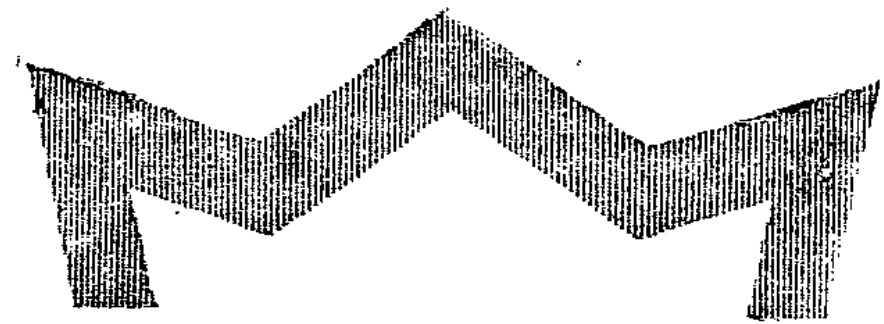
Das sind, meine sehr verehrten Herren, die Grundprinzipien der neuen Weltordnung, so wie sie mir vorliegen, und welche alle auf der allgemeinen Abrüstung basieren. Auch Deutschland hat sich in seiner Antwort auf die Papstnote nachdrücklich zu der Idee der allgemeinen Abrüstung bekannt. Und unsere Hauptgegner haben sich diese Prinzipien wenigstens zum Teil schon zu eigen gemacht. Ich bin in den meisten Punkten anderer Ansicht als Herr Lloyd George, aber darin, daß es keinen Revanchekrieg mehr geben sollte, darin finden wir uns.

Die Frage der Entschädigungen, welche die Entente immer wieder aufwirft, gewinnt einen merkwürdigen Charakter, wenn man die Verwüstungen bedenkt, welche ihre Armeen in Galizien, in der Bukowina, in Triest, am Jongo, in Syrien, in den türkischen Gebieten und in den deutschen Kolonien angerichtet haben. Hat die Entente ihrerseits die Absicht, uns für alles das schadlos zu halten oder ist sie so vollkommen in der Beurteilung unserer Pflicht, daß sie eine einseitige Vergütung erhofft? Fast könnte ich lehteres glauben, nach manchen Reden zu schließen, die wir gehört haben.

Die Entente liebt es ja bekanntlich, ihre programmatischen Ausführungen mit starken Worten zu zieren; ich bin darin anderer Ansicht. Ich glaube, die Stärke eines Staates liegt nicht in den starken Worten seiner führenden Männer, sie liegt im Gegenteil gewöhnlich in umgekehrten Verhältnissen zu denselben. Nicht mit kostbaren Phrasen wird dieser Krieg entschieden werden. Was haben wir nicht schon alles gehört in diesen Kriegsjahren: wir haben gehört, daß Deutschland vernichtet, und die Monarchie zerstört werden würde. Dann gab man es billiger, man wollte sich damit begnügen, unsere internen Verhältnisse umzuwälzen. Jetzt heißen sie unsere Gegner in einer dritten Phase zu bekämpfen, indem sie weder unsere Existenz noch unser nationales Selbstbestimmungsrecht als Opfer verlangen, sondern mehr oder weniger große Grenzvergrößerungen fordern. Es würden daraus andere Phasen folgen, obwohl die Majorität der Bevölkerung in allen feindlichen Ländern heute bestimmt bereits auf der Basis jenes Verständigungsfriedens steht, den wir in der österreichischen Monarchie als erste und bereits vor einem halben Jahre vorgelegten haben und dessen Grundprinzipien ich schon erörtert habe.

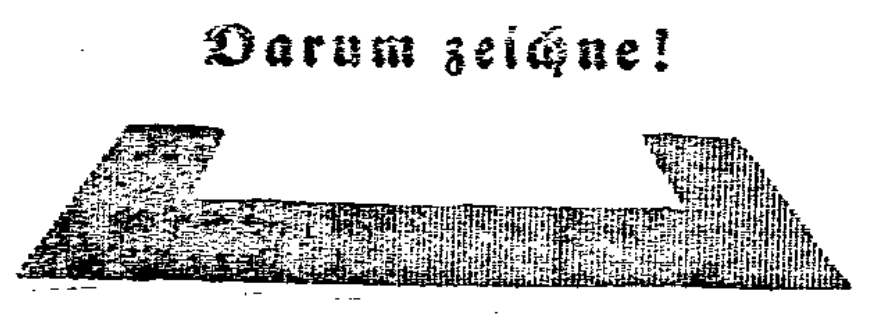
Wir haben unsere Stärke nicht in großen Worten; wir suchen und finden sie in der Kraft der glorreichen Armeen und in der Festigkeit unserer Verbände, in der Standhaftigkeit unseres Hinterlandes und in der Verbundenheit unserer Kriegsgenossen; und weil wir keine Illusionen hegen, und weil ein jeder Bürger der Monarchie im Felde oder dahinter weiß, wofür er kämpft, deshalb sind wir auch fester, unser Ziel zu erreichen. Wir sind nicht zu bezugen, wir sind nicht zu verärgern. In dem Maße unserer Kraft und in vollster Klarheit über das, was wir erreichen wollen, aber auch erreichen können, gehen wir unseren Weg. Wir in der österreichisch-ungarischen Monarchie, wir haben die un-

läufige Linie, welche von dem Vernichtungswillen unserer Feinde über verschiedene Phasen hinüber schließlich zu weit geringerem gelangt, nicht zu durchlaufen brauchen. Wir haben von Anfang an unser Ziel erklärt und wir sind bis heute dabei geblieben. Auf welcher Seite dabei die Kraft und auf welcher die Schwäche liegt, überlasse ich getrost dem Urteil der Welt. Aber niemand möge sich darüber täuschen, daß dieses unser so friedfertig moderiertes Programm nicht für ewige Zeiten gilt und gelten kann. Wenn unsere Feinde uns zwingen, den Krieg fortzusetzen, dann werden wir gezwungen sein, unser Programm zu revidieren und unsererseits einen Ersatz zu verlangen. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Überzeugung habe, daß jetzt auf der entwickelten Basis der Weltfriede kommen könnte. Bei Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor. Ich bin fest überzeugt davon, daß wir in einem Jahre noch unvergleichlich günstiger dastehen werden als heute, aber ich würde es für ein Verbrechen halten, wegen irgendwelcher materieller oder territorialer Vorteile diesen Krieg auch nur einen Tag länger fortzuführen, als es die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft erfordert. Aus diesem Grunde allein bin ich für einen Verständigungsfrieden gewesen und bin auch heute noch für denselben; wenn aber unsere Feinde nicht hören wollen, wenn sie uns zwingen, dieses Morde fortzusetzen, dann behalten wir uns die Revision unseres Programms und die Freiheit unserer Bedingungen vor. Ich bin nicht sehr optimistisch bezüglich der Geneigtheit der Entente, jetzt einen Verständigungsfrieden auf obiger Basis zu schließen. Die erdrückende Majorität der ganzen Welt will diesen Verständigungsfrieden, aber einige wenige verhindern ihn. Mit kaltem Blute und ruhigen Nerven werden wir in diesem Falle unseren Weg weitergehen. Wir wissen, daß wir durchhalten können, durchhalten im Felde und Durchhalten im Hinterlande. Wir waren niemals klein in den vergangenen schweren Stunden und niemals übermütig im Siege. Unsere Stunde wird kommen, und mit ihr die sichere Gewähr einer freien, friedlichen Entwicklung Oesterreich-Ungarns.



Du brauchst kein Geld

um jetzt Kriegsanleihe zu zeichnen, denn die bequemen Zahlungsbedingungen lassen Dir Zeit. Du mußt Dir nur überlegen, was Du in den nächsten Wochen und Monaten voraussichtlich verdienen wirst. Rechne davon ab, was Dich Dein Lebensunterhalt kostet — und Du weißt, was Du Deinem Vaterlande leihen kannst.



Die Kriegslage.

Der starke Feuerkampf in Flandern dauerte auch am 2. Oktober zwischen Langemarck und Zandvoorde Tag und Nacht über an und steigerte sich mehrmals zu heftigen Trommelfeuer, ohne daß bisher feindliche Infanterieangriffe folgten. Wiederholt wurde eine größere Anzahl belgischer Ortswachen hinter unserer Front ohne jeden militärischen Grund unter planmäßiges feindliches Feuer genommen. Unsere Artillerie legte die Beschießung der feindlichen Anlagen wirksam fort. An der Straße Kemmer-Opere geschickte feindliche Tanks wurden unter Feuer genommen.
Gegen unsere neuermommene Linie nordwestlich von Gheluvelt legte der Feind im Laufe des 1. Oktober sechs starke Gegenangriffe an, die sämtlich in unserem Feuer und im Nahkampfe scheiterten. Auch am Vormittag des 2. Oktober setzte er die Gegenangriffe fort, die ebenfalls sämtlich abgewiesen wurden. Nach abermals erfolgten Maßnahmen erlitt der Gegner hierbei außerordentlich starke Verluste.
An der Arras-Front und in der Gegend von St. Quentin war auch am 2. Oktober die Artillerietätigkeit vorübergehend gesteigert. In der Stadt entstanden mehrere Brände. Auch am Chemin-des-Dames wurde im Laufe des Nachmittags die Feuerartillerie lebhafter. Während nördlich von Prunoy eigene Stützpunkts-Gegenangriffe einbrachen, wurde am Reil-Berg der nordwestliche Feind abgewiesen. Nördlich der Maas räumte der Gegner ebenfalls, während noch vorübergehendem heftigen Trommelfeuer, in beiden Richtungen Gegenangriffe gegen die von uns genommenen Stellungen am Nordhang der Höhe 14 an. Er wurde jedesmal unter besonders großen Feindverlusten abgewiesen. Weitere hohe Verluste erlitt der Feind dabei, daß keine Fortschritte erzielt

zu diesen Gegenangriffen frühzeitig erkannt wurden und unter zusammengefaßter Vernichtungsfeuer genommen wurden. Auch nächste Angriffe gegen unsere neuermommene Linie hatten keinen Erfolg, sie steigerten nur die feindlichen Verluste. Über 150 Gefangenen, die zwei Divisionen angehörten, wurde eine Anzahl Maschinengewehre erbeutet. Das Artilleriefeuer auf diesem Kampffelde blieb während stark. — Von den übrigen Fronten keine besonderen Ereignisse.

Die Heeresberichte.
Berlin, 3. Oktober, abends. (Amtlich.)
Im Westen bei wechselnder Feuertätigkeit keine größeren Kampfhandlungen.
Im Osten nichts von Bedeutung.

Wien, 3. Oktober. (Amtlich.)
Auf dem **Ostlichen Kriegsschauplatz Albanien**
keine Ereignisse von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.
Im Gabriele-Abzweig stammten gestern die Infanteriekämpfe neuerdings auf. Starke feindliche Kräfte stürmten gegen unsere Stellungen. Der Gewinn eines schmalen Grabenstückes am Westhang des Berges bildet für die Italiener das einzige Ergebnis ihrer verlustreichen Angriffe.

Frankreich und Belgien.

Der Sozialistenkongress in Bordeaux.
Der Sozialistenkongress in Bordeaux wird sich, wie die „Humanité“ erkennen läßt, mit ganz interessanten Fragen beschäftigen. Die Affären Monier und Bolo Pascha, denen bekanntlich von den Behörden Friedenspropaganda zugunsten des Feindes vorgeworfen wird, sind nicht einmal die interessantesten. Dieser Blick läßt die Ankündigung, es würden die jüngsten Vorgänge in einzelnen italienischen Städten zur Sprache gebracht und besonders die Frage erörtert werden, ob zur Unterdrückung sozialistischer Bewegungen ein Entente-Heer von anderen Truppen entlehnt dürfe. Danach scheint es sich zu bewähren, daß englische und französische Kontingente zur Niederwerfung der Unruhen in Italien verwendet wurden.

Die Verweigerung der französischen Pässe für die Berner Gewerkschaftskonferenz.

Die Blätter veröffentlichen eine halbamtliche Meldung, wonach die französische Regierung den Delegierten für die Internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern, die bekanntlich auf der Gewerkschaftskonferenz in London beschlossen wurde, deshalb die Pässe für Bern verweigert, weil die Konferenz eine tatsächliche Fühlungnahme mit den Delegierten der feindlichen Länder bedeuten würde. — Das ist eine faule Ausrede!

Dünkirchen durch Fliegerbomben zerstört.

Aus Berlin wird gemeldet: Unsere Bombengeschwader leisteten in den letzten Tagen und vor allem während der Nacht- und Tagesstunden des 1. Oktober außerordentliches. Ihre Angriffe galt es, wie gewöhnlich, militärischen Anlagen und Truppenunterkünften hinter den Kampfzonen. Die feindlichen Flughäfen bei Verdun, die schon vor drei Tagen mit solchem Erfolg heimgesucht wurden, daß auf drei Häfen langandauernde, weitläufige Brände ausbrachen, wurden neuerdings mit 14 000 Kilogramm Sprengstoff beworfen.

Die Flughäfen, Stapelplätze und Truppenunterkünfte vor der flandrischen Front erhielten in Tag und Nacht fortgesetzten Flügen über 40 000 Kilogramm Bomben. In St. Omer und Soulogne entzündeten starke Brände. Gleichzeitig wurden mittlere wichtige Anlagen in London und in verschiedenen Orten der englischen Küste erneut mit Bomben angegriffen. In London zeigten mehrere Brände von ihrer Wirkung. In der Festung Dünkirchen riesen besonders gute Wurf in der Nacht zum 29. September ein Feuer hervor, das an den riesenhaften Vorräten, die hier aufgehäuft waren, reichste Nahrung fand. Nach 24 Stunden stellten unsere Flieger fest, daß der Brand nicht gelöscht war, sondern weiter um sich gegriffen hatte. 48 Stunden später beobachteten sie, daß die Feuersbrunst sich über einen ganzen Stadtteil ausgebreitet hatte. Heute nacht konnten sie melden, daß Dünkirchen ein Raub der Flammen geworden ist. Damit ist ein Hauptstapelplatz des belgisch-englischen Heeres und einer der größten Umschlagplätze für den Verkehr zwischen England und Frankreich vernichtet worden.

Calais mit Bomben belegt.

Aus Calais berichtet die Pariser Presse: Am letzten Donnerstag nachmittag überfiel ein deutsches Flugzeug Calais, entfernte sich jedoch infolge heftigen Abwehrfeuers bald wieder. Abends 9 Uhr wurde die Stadt neuerdings mit einer großen Anzahl Bomben belegt, anscheinend von mehreren Flugzeugen. Zahlreiche Personen wurden getötet und viele verwundet und einige Gebäulichkeiten schwer beschädigt.

Auf der Suche nach „Verrätern“.

Die Pariser Presse berichtet über die Verhaftung des italienischen Levantiners Bolo Pascha in spaltenlangen Artikeln. Nach der „Wolff. Ztg.“ ist aus dem ganzen politischen Roman nur das Kapitel über die angeblichen Beziehungen Bolo Paschas zur deutschen Regierung von politischem und internationalem Interesse. Man behauptet, Bolo habe 10 Millionen Franken vom deutschen Auswärtigen Amt bekommen. „Echo de Paris“ sagt, vom Staatssekretär Zimmermann sei das Geld durch Vermittlung der Deutschen Bank auf dem Umwege über den „Bankier“ Havenstein, einem Verwandten des Reichsbankpräsidenten, angewiesen worden. Der „Matin“ schreibt dagegen, von Herrn v. Jagow seien Bolo Pascha monatliche Ratenzahlungen von je einer Million Franken in einem geheimnisvollen Kassenschranks auf den Namen Abbas Hilmi, Erbbediven von Aegypten, zugesandt worden. Beiden Zeitungen ist die Behauptung gemeinsam, Abbas Hilmi habe der deutschen Regierung die Anregung gegeben, Bolo zur Organisation einer Friedensbewegung in Frankreich zu verpflichten. Der „Matin“ enthüllt, daß Herr Bolo eines Tages in Rom von einem gewissen Zabit Pascha, dem Vertrauensmann des Bediven, die Kleinigkeit von 10 Millionen Franken verlangte, um in der Schweiz eine katholische Bank zu gründen, mit deren Geldern er unter dem Vorwande religiöser Propaganda die französische Presse bestechen wollte. Man sieht auch hier vor allem, worauf es der französischen Regierung und Presse ankommt: Verräter zu schaffen, die die Friedensbewegung vollständig kompromittieren, soweit das nicht schon durch die Affären Ameregha, Turmel usw. geschehen ist. Bolo ist noch lange nicht der letzte. Weitere „Verräter“ sind entdeckt. Die Pariser Presse verspricht ihren Lesern neue Sensationen.

Rußland.

Ablehnung der Koalitionsidee durch die demokratische Konferenz.
Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: In der Abendung der demokratischen Konferenz sprachen die Vertreter der kritischen Arbeiter- und Soldatenräte, wovon die Mehrzahl

Der amtliche Kriegsbericht.

Neue Schlacht in Flandern.

W.B. Großes Hauptquartier, 4. Oktbr. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsausplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die gestrige Kampftätigkeit des Feindes in Flandern blieb der an den Vortagen: tief in das Gelände hinter unseren Stellungen reichende und auf belgischen Ortschaften gerichtete heftige Störungsfeuer gegen einzelne Abschnitte unserer Kampfzone, in der Mitte der Schlachtfrent zu heftigster Wirkung in Feuerlöcher zusammengefaßt.

Die Nacht hindurch hielt vom Gouthoukerwald bis zur Pys der gewaltige Artillerielampf unvermindert an. Heute morgen steigerte er sich zum Trommelfeuer.

Mit dem Einschlagen starker englischer Angriffe im Bogen von Ypern ist die Schlacht in Flandern von neuem entbrannt.

Bei den anderen Armeen war infolge schlechter Beobachtung die Gefechtsstätigkeit tagsüber meist auf ein geringes Maß beschränkt. Erst gegen Abend lebte sie auf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz

Auf dem Oise bei Maas setzte bei Einbruch der Dunkelheit schlagartig stärkstes Feuer an der Höhe 344 östlich von Samogneux ein. Tiefergegliedert brachen die Franzosen bald darauf zum Angriff vor, um die von uns dort gewonnenen Stellungen zurückzuerobern. Der Ansturm brach in der Abwehrwirkung unserer Artillerie und an der jähen Widerstandskraft der Württemberger Verlustreich und ergebnislos zusammen.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Lebhafte Artillerielämpfe entspannen sich zeitweilig dicht westlich der Mosel und im Sundgau. Angriffe erfolgten dort nicht.

Deutscher Kriegsausplatz.

Bei Jakobstadt, Dünaburg und am Zburucz, sowie am Donau-Rnie bei Galatz nahm die Feuerstätigkeit vorübergehend zu. Erkundungsgesichte verliefen an mehreren Stellen für uns erfolgreich.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neben dem Zentrumsabg. Frhr. Wolff-Metternich und Veltin einstimmig (!) folgende Entschliessung an:

„Der Trientische Bauernverein lehnt mit Entschiedenheit das gleiche Wahlrecht für den preussischen Staat ab und wünscht ein Wahlrecht, durch welches die Interessen der Landwirtschaft voll und ganz gewahrt werden.“

Die Feinde des gleichen Wahlrechts im Zentrum beschränken sich bei weitem nicht auf die Bauern. Vor wenigen Tagen erklärte die „Köln. Volksztg.“ den Reichstagsler, auch innerpolitisch sich „freie Hand“ zu bewahren; die Bürgerchaften, die der Reichstag „schon“ erhalten habe, seien für das deutsche Volk so auskömmlich und jetzt wie nur möglich, „nach den Bestürzungen nicht bedeutungsloser Kreise sogar schon nicht unbedeutend.“

Ein betrübter Kriegsenthusiast.

Die „Köln. Volksztg.“ tritt trotz der wiederholten Kundgebungen der berufenen Vertreter der Zentrumsparthei nach wie vor für den Eroberungsfrieden und gegen die Friedensfundgebung der Reichstagsmehrheit ein. Sie fächelt zu diesem Zweck den klaren Sinn des Reichstagsbeschlusses für ihre Absichten um. In einem Artikel ihres Berliner Vertreters Dr. Eisele geht sie so weit, zu schreiben, nicht in den Reden der Alldeutschen liege zurzeit die eigentliche Gefahr für unser Vaterland und einen glücklichen Ausgang des Krieges; alle Vaterlandsfreunde müßten „bezügter sein wegen der verheerenden sozialdemokratischen Verzichtfriedensagitation als wegen bedauerlicher Entgleisungen alldeutscher Agitatoren“. Bisher hat die „Köln. Volkszeitung“ stets behauptet, hinter den Annexionspolitikern, hinter den Befürwortern des Schwertfriedens, liege die Mehrheit des Volkes; jetzt aber liest man in dem Artikel (Köln. Volksztg. Nr. 766):

„Man fahre einmal auf deutschen Bahnen, man höre sich einmal in den Lokalen der Großstädte um, wo auch unsere Soldaten, welche aus dem Felde kommen, oder die hinausgehen, verkehren. Man hört dort vielfach Worte und Sätze aus dem sozialdemokratischen Wortschatz, aus der sozialdemokratischen Presse und Agitation wieder, die wahrlich eine große Gefahr für den Willen zum Durchhalten, für die Einigkeit und Einheit in der Armee und hinter der Front, für den Willen zum Siegen und Durchhalten bilden. In all diesen Schlagworten der sozialdemokratischen Presse, kehrt wieder, daß der Krieg „nur noch für die Großen“ geführt werde, daß diejenigen, welche unserm Vaterland einen ehrenvollen, die Zukunftsentwickelung sichernden Frieden wünschen, „von der Großindustrie bezahlt“ seien, oder „kapitalistischen Interessen dienen“, daß die „Annexionspolitik“ allein Schuld an dem dritten Kriegsjahr und vielleicht an dem kommenden Kriegswinter seien. Alle die bis zum Ueberdruß verbreiteten Verleumdungen über „Kriegsheker“, über „Annexionisten“ kehren wieder.“

Die Sache der spektakelnden Eroberungsnarren muß trotz ihres mit einem Riesenkapital und mit einer wahrhaft barnumistischen Reklame arbeitenden Betriebes sehr schlecht stehen, wenn ein so ausgeprägt annexionsistisches Blatt sich zu solchen Worten genötigt sieht. Den Vorwurf der „Heerarbeit gegen den Krieg“ — so schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ — lassen wir uns natürlich gerne gefallen; die Umfälschung des „Scheidemann-Friedens“ in einen „die Zukunft Deutschlands bedrohenden Verzichtfriedens“ ist ein nachgerade wirkungslos gewordener demagogischer Trick.

Oesterreich-Ungarn.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhaus wurde die dringende Anfrage an den Landesverteidigungsminister, betreffend Lösung eines Dragonders aus der Wiener Ostbahnhof, besprochen. Der Dragoner wurde, als er vor der Abfahrt des Zuges von einem Bekannten Abschied nehmen wollte, von einem Oberleutnant geschöpft. Als er die Schläge abwuschren versuchte, stach der Oberleutnant mit dem Seiten-

gewehr auf ihn los, so daß er als Leiche liegen blieb. Der Landesverteidigungsminister erklärte, er werde den Vorfalle auf das strengste untersuchen. Auch werde er immer dazu bereit sein, das ganze Gewicht seiner Stellung dafür einzusetzen, daß solche Vorfälle nach menschlicher Voraussetzung vermieden werden. — Auf Antrag des Abg. Stanek wurde beschlossen, die Debatte zu verlagern, bis der Minister nähere Mitteilungen gemacht hat.

Schweden.

Die Frage der Schaffung eines Koalitionsministeriums bildete den Gegenstand einer Unterredung zwischen dem König, Branting und einem liberalen Parteiführer. Der König betonte die Notwendigkeit der Beibehaltung der bisherigen unparteiischen Neutralität. Die Blätter, auch die sozialdemokratischen, äußern sich zustimmend zur Bildung eines Koalitionsministeriums.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 4. Oktober.

Friede!

Wie ein Ruf aus einer anderen Welt klingt dieses Wort in das Wirnis unserer Tage, drängt Schmerzen und Leid in dem Menschenherzen zurück. Freier Raum bleibt dem Keim der Hoffnung, der sich mächtig zum Lichte zu streben anschießt. Wird er wieder untergraben, in seiner Entwicklung gehemmt werden von neuen schweren Enttäuschungen? Wird die aus ihm langsam aufsprießende Blume wieder geknickt werden von neu sich erhebenden Stürmen? Wir wissen es nicht; doch glauben wir es auch nicht. Zu stark ist in den letzten Wochen der Friedenswille bei den Völkern zum Ausdruck gekommen, zu laut, als daß er jemals wieder gänzlich unterbrückt werden könnte. Aufgeregt wie vor drei Jahren das Wort Krieg, das so viel des Jammers und des Glends im Gefolge hatte, geht heute das Wort Friede von Mund zu Mund. Beherrscht das Thema der Unterhaltung; in der prunkhaften Wohnung des Reichen, wie in der einfachen Stube des Arbeiters, am gemüthlichen Kaffeetisch, wie draußen auf dem Kartoffelacker. Träume werden schon gespannt, schöne Träume von einer glücklichen, sorgenfreien Zukunft, die freilich in noch sehr weiter Ferne vor uns liegt. Denn allzu hoffnungsreich darf man jetzt noch nicht sein. Noch steht der Friede nicht greifbar deutlich vor unserem geistigen Auge in der Gestalt eines edlen Jünglings, mit vor Glück und Freude strahlendem Antlitz, die Friedensspalte in der Hand. Einem Phantom ist er noch zu vergleichen, das wie Nebel an der Sonne jerrinnt, wenn man es mit müderten Augen betrachten will. Ganz langsam wird es feste Form und Gestalt annehmen, werden sich die jetzt noch unklaren Umrisse schärfer abheben, wird das von ihm ausgehende, jetzt noch zweifelhafte Licht heller und sieghafter sein.

Doch tut das nichts zur Sache. Die Menschen haben in den drei Kriegsjahren das Warten gelernt — und wie! — auf ein paar Monate kommt es jetzt manchem auch nicht mehr an. Nun haben sie wenigstens Aussicht auf Frieden und diese wird ihnen helfen, über die Erbitterungen und Nöte, die ihnen bevorstehen werden, hinwegzukommen, den Stürmen, die sich noch erheben werden, trotzig die Stirne zu bieten und mutig die letzten Klippen zu überwinden, die ihnen noch den Weg versperren zu dem sonnigen Land, in dem sie vor Jahren gewandert: dem Lande des Friedens. Freilich wird dieses anders anzusehen sein als ehemals: Wohlstand und Glück und Freude daraus geschwunden, und dafür Armut und Schmerzen und Trauer in Hülle und Fülle. Viel und schwer wird die Arbeit sein, die ihrer Hart auf allen möglichen Gebieten. Aber „Segen ist der Mühe Preis“, und Segen, wenn anfangs auch nur spärlicher, wird denen zuteil werden, die treu und mutig und unermüdet ans Werk gehen, die Spuren, die der Krieg auf Schritt und Tritt hinterlassen hat, allmählich verwischen zu helfen.

Die Brennstoffkarte. Am 27. und 28. September sind die Brennstoffkarten A ausgegeben. Die Anträge auf Zuteilung einer Brennstoffkarte B oder eines Bezugsscheins sind ebenfalls zum Teil erledigt, zum Teil gehen sie ihrer umgebenden Erledigung entgegen. Das Wesen der Karten und Bezugsscheine besteht darin, daß ohne diese Urkunden keine Jagen, Hausbrandföhlen abgegeben werden dürfen. Einen Anspruch an die Stadt auf Belieferung begründen die Karten und Scheine nicht. Vielmehr ist jedem überlassen, seine Hausbrandmenge bei einem beliebigen Händler gegen Vorzeigung der Karten, die ganz oder von denen die erforderliche Markenzahl einbehalten wird, oder gegen Vorzeigung des Bezugsscheines, der je nach der Höhe der Belieferung teilweise entwertet oder ganz einbehalten wird, zu bestellen.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Oktober 1917 31316 Mitglieder; darunter 116 Mitglieder von Erbklassen, deren Rechte ruhen, gegen 30629 im Jahre 1916. Auf Männer entfielen davon 16277 (1916: 16970), auf Frauen 15039 (1916: 13659). Erwerbsunfähig krank waren am letzten September 474 (1916: 495) Männer und 474 (1916: 520) Frauen. Ausweisung für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im September 1917 (1916: 1926) erteilt. Sterbefälle wurden im September für Mitglieder in 34 Fällen, für Angehörige in 24 Fällen gezählt. Uebertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 6 Fällen mit Strafe zu belegen.

Schulungsüberschuß im Schornsteinfegergewerbe trotz des Krieges! In allen Berufsberufen herrscht ein empfindlicher Mangel an Lehrlingen, hervorgerufen durch die von der Industrie gegenwärtig geübte höhere Bezahlung jugendlicher. Nur in einem Gewerbe ist zur Zeitzeit nicht nur kein Mangel, sondern sogar ein Ueberfluß an Lehrlingen zu verzeichnen: im Gewerbe des Schornsteinfegers! Das hat, wie im „Schornsteinfeger“, dem Zentralorgan der Schornsteinfeger des Deutschen Reichs, zu lesen ist, seinen Grund darin, daß es im Deutschen Reich nur etwa 4000 Schornsteinfegermeister gibt, von denen nicht alle einmal Gesellen halten können. Die Nachfrage ist größer als der Bedarf. Da viel zu viel Lehrlinge bereits eingestellt sind, besteht die ernste Gefahr, daß die meisten von ihnen mangels lohnender Beschäftigung bei Beendigung der Lehrzeit keine Arbeit als Gesellen erhalten und sich einer anderen Tätigkeit außerhalb des Berufes zuwenden müssen. Die Lehrzeit ist in all diesen Fällen als verloren zu bezeichnen. Eltern und Vormünder sind daher dringend darauf zu warnen, ihre Pflegebefohlenen ohne weiteres Schornsteinfeger werden zu lassen. Nachwuchs ist hinreichend vorhanden und weiterer für die nächsten Jahre direkt vom Uebel. Erst später dürften wieder normale Verhältnisse im Lehrlingswesen des Schornsteinfegergewerbes eintreten.

Was als gefunden abgeliefert wurde. Im Monat September sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert, bezw. angezeigt und bisher nicht wieder abgeholt worden: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt sowie lose Geldscheine, 1 Sparschneidbuch, mehrere Handtaschen, Briefchen, Armbänder, 2 Trauringe, Halsketten, ein Kneifer, 1 Kneiferhörn, 1 Herren-Paletot, 1 Zigarrentasche, eine Kneiferhörn, 1 Damen-Stroubhut, 1 Schürze, 1 Oberhemd und ein Paar Strümpfe, 1 Attentische und 1 kupferner dreilantiger Behälter.

Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe. Die Spar- und Anleihekasse in Lübeck zeichnete insgesamt 3 Millionen Mark.

Kriegsgeldchen. Im September wurden 80 209 Portionen Eisen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug für Wirttagessen 1882, für Abendkost 1010, zusammen 2842 Portionen.

Stadttheater. Man schreibt uns: Für die kommenden Faust-Aufführungen ist als Faust Herr Hoffschaupieler Arno Hoff von Hoftheater in Schwerin gewonnen worden. Das Ereignis spielt am Freitag 11. Okt., die fünfzig in dieser Rolle mit Fr. Bern abwechseln wird.

gegen die Mitarbeit der bürgerlichen Elemente war. Im Verlaufe der Sitzung versuchte eine Abordnung von 200 Arbeitern und Arbeiterinnen in Begleitung von Soldaten in den Saal einzudringen, indem sie erklärten, daß sie die Wortführer einer halben Million Petersburger Arbeiter seien, die sie gefandt hätten, um gegen den Grundsatze einer Koalition zu protestieren, einen sofortigen Frieden zu verlangen, sowie die Abschaffung des Privateigentums und andere Wünsche, wie sie in der kürzlichen maximalistischen Entschliessung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates dargelegt wurden. Nach langen Unterhandlungen wurden sechs Mitglieder der Abordnung zur Sitzung zugelassen, um ihre Wünsche vorzutragen.

Nachdem die Liste der Redner erschöpft war, erklärte der Vorsitzende Tschibische, die Versammlung werde zuerst über die Formel für oder gegen die Koalition abzustimmen haben, darauf über zwei andere Formeln, nämlich erstens die Koalition mit der Kadettenpartei, zweitens die Koalition allein mit den Geschäftsträgern der Kadettenpartei. Mit 766 gegen 683 Stimmen sprach sich die demokratische Konferenz für die Koalition aus, da sich aber bei der Unterabstimmung über die Art der Zusammenarbeit mit den Kadetten keine Mehrheit fand, wurde bei einer nochmaligen Abstimmung die Idee der Koalition überhaupt mit 813 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Die „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Der demokratische Kongreß hat mit 610 gegen 585 Stimmen den Antrag der Maximalisten auf eine Kundgebung für sofortige Friedensverhandlungen von der Tagesordnung abgesetzt.

Der „Secolo“ meldet aus Petersburg: Kerenski gab auf dem demokratischen Kongreß die Versicherung ab, daß er sofort zurücktreten werde, wenn es der freie Volkswille verlange und daß er seine Bemühungen nach einem für Rußland ehrenvollen Friedensschluß im Verein mit den Mitkämpfern fortzusetzen entschlossen sei.

Konflikt zwischen dem Marineminister und der Flotte.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Der Hauptauschuß der Flotte richtete an das Marineministerium mehrere Forderungen, die den Charakter eines Ultimatums trugen. Der Marineminister, Admiral Berdowski, ordnete seine Auflösung und die Wahl eines neuen Ausschusses an. Als die Versammlung der Vertreter der Besatzungen der Ostseeflotte davon erfuhr, nahm sie eine Entschliessung an, in der gegen die Auflösung protestiert und erklärt wird, daß sie den Ausschuß unterstützen werde. Sie fordert den Minister auf, den Konflikt auf freundschaftliche Weise zu regeln.

England.

Bei dem letzten Luftangriff

auf London wurden 10 Personen getötet und 38 verletzt.

Ueber eine zunehmende revolutionäre Bewegung in England jammern die „Times“. Es seien schon Veränderungen bemerkbar, die eine wirkliche Kriegführung hindern.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Republik Costarica gegen Deutschland.

Einer amtlichen Mitteilung der spanischen Regierung zufolge brach die Regierung der Republik Costarica die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab. Wegen Ueberrahme des Schutzes der deutschen Interessen durch eine neutrale Macht ist das Unerwünschte in die Wege geleitet.

Neuer Fliegerangriff auf Frankfurt.

Amtlich wird aus Frankfurt am Main gemeldet: Dienstag abend 10.30 Uhr erschienen, rechtzeitig gemeldet, und von den Abwehrgeschützen lebhaft beschossen, mehrere feindliche Flieger und warfen über Frankfurt und Umgebung eine größere Zahl von Bomben ab. Soweit bisher festgestellt, sind im Weichbild der Stadt in verschiedenen Stadtteilen 18 Bomben niedergefallen, die geringen Sachschaden anrichteten und nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen 5 Personen verletzten. 11 Uhr 35 Minuten war der Angriff beendet.

Der Krieg in den Dästen.

W.B. Berlin, 3. Oktober. (Amtlich.) Seekampflugezeuge der flandrischen Küste schoßen unter der bewährten Führung des Oberleutnants zur See Christiansen am 1. Oktober abends vor der Dämmerung ein englisches Großflugboot ab und vernichteten es.

Die Friedensarbeit des Papstes.

Aus Rom meldet das „Giornale d'Italia“: Es bestätigt sich, daß der Papst den Ententemächten mit dem Wortlaut der Antimortine der Zentralmächte eine zweite Note übermittelt hat, in der er erklärt: er habe sich vergewissert, daß Deutschland dazu bereit sei, Belgien und Nordfrankreich zu räumen. Der Papst fragt weiter die Regierungen der Entente, ob sie wünschen, daß er an Deutschland das Ersuchen richtet, die Bedingungen für jene Räumungen genau anzugeben. Er hat damit direkt seine Vermittlung an. Das Blatt fügt hinzu: Man weiß, daß dem Papst die Bedingungen bekannt sind infolge der Besprechungen, welche die Kurie in München und Wien mit der deutschen und österreichischen Regierung hatte, wobei aber keine Verbalnote überreicht wurde. Die Nachricht, auf Grund deren der Papst imstande sei, den Mitkämpfern zu erklären, daß die Deutschen bereit seien, Belgien und die französischen Provinzen zu räumen, wurde dem Heiligen Stuhl durch die Berichte der Nuntien übermittelt. Einer der Berichte gibt an, unter welchen Bedingungen Belgien geräumt werden soll. Es handelt sich dabei aber nicht um festliegende Bedingungen, sondern um solche, die erst in den nachfolgenden Verhandlungen festgelegt werden sollen. Ein Bericht des Wiener Nuntius gibt die österreichischen Bedingungen an. In einer anderen Note an die Ententemächte legt der Papst auseinander, wie er sich die Ausführung des Abrüstungsplans denkt. Die Militärindienstpflicht soll abgeschafft werden. Gegen jene Mächte, die die Friedensverträge verließen, soll der Handelsboikott erfolgen. Der Boikott werde durch ein internationales Gericht ausgesprochen werden, dessen Aufgabe es sein würde, die Verletzung der Verträge festzustellen.

Deutschland und Argentinien.

Wie die „Times“ melden, sieht der argentinische Präsident den Zwischenfall mit dem Grafen Turburg durch die Entschuldigunng Deutschlands als erledigt an.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zentrumsagitation gegen das gleiche Wahlrecht.

Der Trientische Bauernverein, der in 915 Ortsgruppen 25 800 Mitglieder umfaßt, nahm in einer General-Versammlung nach

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. Oktober. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Kermel-Kanal und in der Nordsee. 4 Dampfer, 1 Segler und 1 Fischerfahrzeug, darunter 3 bewaffnete Dampfer und der neue englische Segler „Independance“. Von den drei bewaffneten Dampfern fuhr einer unter französischer Flagge, ein anderer war vom Aussehen des englischen Dampfers „Kendal Castle“ (3885 Brutto-Registertonnen).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die demokratische Konferenz erklärt sich permanent.

Petersburg, 3. Oktober. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Nach den bereits gemeldeten, sich widersprechenden Beschlüssen für und gegen eine Koalition entschied die demokratische Konferenz, daß das beträchtlich durch Vertreter aller Parteien verstärkte Bureau am Nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten solle, um die Mittel zum Ausgleich der Widersprüche zu suchen und die Einheit des demokratischen Willens zu verwirklichen. Gleichzeitig nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, sich nicht eher aufzulösen, als bis sich die Regierungsgewalt in einer für die Demokratie annehmbaren Form gebildet hat.

Basel, 3. Oktober. Wie die „Basler Nachr.“ erfahren, wurde durch die Bundesanwaltschaft eine große Anzahl von Personen verhaftet, die für den französischen Nachrichtendienst tätig waren. Eine erste Gruppe wurde schon vor einigen Wochen in Basel verhaftet und dem Bundesratsgericht überwiesen. Inzwischen bringt das Blatt auch Einzelheiten über das erwiderte allgemeine Entente-Spionage-Netz gegen Deutschland. Was die Angelegenheit noch in peinlicher Weise zu verwickeln scheint, ist der Zusammenhang, der nach Schweizer Blättern zwischen dieser hinter-treppenhaften Heldentat und der Genfer Polizei besteht. Noch verwickelter wird sie durch Verquickung mit dem bisherigen französischen Generalkonjunkt in Genf, Pascal d'Az.

Allgemein ist man in der Schweiz der Überzeugung, daß es sich um Spionage schlimmster Art gehandelt habe. Der Generalkonjunkt ist schon verhaftet worden oder zurückgetreten und hat bereits einen Nachfolger erhalten.

Für eine endgültige Beurteilung von deutscher Seite sind die Dinge offenbar noch nicht reif. Zunächst hat jetzt die schweizerische Regierung das Wort.

Bern, 3. Oktober. (Eigener Bericht.) Der Internationale Gewerkschaftskongress nahm in der heutigen Sitzung eine Resolution an, in der er aus sprach, daß der Gewerkschaftskongress es ablehnen müsse, auf die englische Begründung der Verweigerung des Kongressbesuches und überhaupt auf die gesamte Kriegsschuldfrage einzugehen. Eine zweite Resolution sprach das prinzipielle Einverständnis mit der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbureaus von Berlin nach einem anderen Lande aus. Die endgültige Beschlussfassung hierüber wurde dem nächsten internationalen Gewerkschaftskongress vorbehalten. Die Resolutionen wurden mit den Stimmen aller vertretenen Länder gegen die der Schweiz angenommen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Mehr Petroleum!

An Winderbemittelte, die kein Gas in der Wohnung haben, gelangt jetzt zum ersten Male Petroleum, und zwar das wirrige Quantum von 1 1/2 Liter zur Abgabe. Was sollen wir damit anfangen. Wir gehen den Tag über auf Arbeit. Abends 6 1/2 Uhr kommen wir nach Hause, und müssen wir dann unseren Hausstand in Ordnung bringen und das Essen und den sogenannten Kaffee bereiten. Wie sollen wir das mit 1 1/2 Litern auf längere Zeit fertig bringen? Kann man denn verlangen, daß wir die ganze Zeit im Dunkeln verbleiben, den Hausstand liegen lassen und unsere Speisen roh verzehren? Die Leute, die Gas und Elektrizität im Hause haben, können allerdings unsere Notlage gänzlich ermessen. Wir möchten die in Betracht kommenden Stellen dringend erklugen, dafür zu sorgen, daß wir mehr Petroleum erhalten.

Mehrere erwerbstätige Kriegerfrauen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Liebes und den Nachbargeliebten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Oswig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Gesamtdr. in Lüneb.

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichs-Lanzlers über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 sind vom Montag, dem 8. Oktober 1917 ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernoch in Gültigkeit:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Spinat (Blattspinat) 24 Pfg.	24 Pfg.	80 Pfg.	40 Pfg.
2. Rhabarber 5	5	7	10
3. Wirsing Kohl, geschlossen 7	7	11	15
4. Rotkohl, geschlossen 7 1/2	7 1/2	11	15
5. Weißkohl u. Spitzkohl geschlossen 4	4	7	10
6. Grünkohl 7 1/2	7 1/2	11	15
7. Rosenkohl a) gepuht 40	40	50	60
b) nicht gepuht 30	30	40	50
Sämtliche Kohlsorten nicht geschlossen 3	3	5	7
8. Kohlrabi mit Herzblatt ohne weiteres Kraut 12	12	15	20
9. Martruben, Schmalz, Stoppel- oder ähnliche Herbstrüb. ohne Kraut 8	8	8	8
10. Zeltomer, Doitfelder und Lübecker Rübsen ohne Kraut 20	20	25	32
11. Zwiebeln ohne Lauch 11	11	18	22
12. Schalotten 22	22	25	32
13. Mohrrüben (rote Wurzel) und längliche Karotten ohne Kraut 7	7	11	14
14. Karotten, runde ohne Kraut 12	12	17 1/2	22
15. Möhren, gelbe 5	5	8 1/2	11
16. Weiße Möhren 4 1/2	4 1/2	7	8
17. Rote Beeten 7	7	9	12
18. Schwarzwurzeln 40	40	48	55
19. Porree, gepuht 35	35	40	50
20. Petersilienwurzeln mit Kraut 30	30	24	30
21. Schnebe- und Brochbohnen 22	22	25	34
22. Wachs- u. Perlbohnen 28	28	35	45
23. Pahlbohnen 50	50	60	70
24. Grüne Einlege-Gurken Gewicht für das Schod ungefähr 16 Pfd. 8	8	10	16
25. Kleine grüne Einlegegurken, Pfeffergurken 25	25	30	40
26. Gelbe Einmachgurken und Fressland-Salatgurken 5	5	7	10
27. Steckrüben 1 1/2	1 1/2	4 1/2	6
28. Kürbis 5	5	7	10
29. Tomaten 30	30	40	50
30. Meerrettich 100 Stangen 60 Pfd. 40	40	48	60
100 Stangen 40 Pfd. 30	30	35	45
leichtere Ware 20	20	25	35
31. Sellerietrollen ohne Kraut 20	20	27	35
32. Sellerietraut 8	8	10	15
33. Quitten 25	25	35	45
34. Walnüsse 50	50	65	85

	Erzeugerpreis	Großhpr.	Kleinhandelspreis
35. Äpfel Gruppe I 40 Pfg.	40 Pfg.	48 Pfg.	52 Pfg.
II 25	25	30	35
III 10	10	12	15 1/2
36. Birnen Gruppe I 35	35	46	50
II 20	20	25	29
III 8	8	10 1/2	14
37. Zwetschen 20	20	28	29

Die Städtische Obst- und Gemüsestelle ist berechtigt, für die Zuführung an die Großhändler, Großverbraucher und Kleinhändler folgende weitere Zuschläge zu berechnen: III. 1.— für den Zentner Zwetschen, Äpfel und Birnen Gruppe I und II 0.50 „ „ „ Äpfel und Birnen Gruppe III. Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Ausländisches Gemüse und Obst.

Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle bezogenen ausl. Obst- und Gemüsearten sind die Kleinhandelspreise gültig, die täglich an der Tafel in der Markthalle veröffentlicht werden. Alle Verkäufer sind verpflichtet, bei den betreffenden Obst- und Gemüsearten die Preise deutlich erkennbar auszuliegen. Eine Überschreitung dieser Preise ist strafbar.

Nichtpreise für Zitronen, Zitruskohl und Pilze, Hagbutten, Hiebertbeeren und Vogelbeeren.

Bis auf weiteres gelten folgende Nichtpreise:

1. Zitronen Großhandel 65 Pfg., Kleinhandel 80 Pfg. das Pfund.
2. Zitruskohl, Kleinhandel höchstens 130 Pfg. für den Kopf. Sammelpr. Großhpr. Kleinhpr.
3. Steinpilze, Wiesen-Champignon und Pfefferlinge 60 Pfg., 80 Pfg., 120 Pfg.
Die übrigen wilden Pilze — 50 75
4. Hagbutten 20 Pfg., 25 Pfg., 30 40
5. Hiebertbeeren 16 20 25 35
6. Vogelbeeren 12 15 20

Ein Überschreiten der Nichtpreise ist strafbar.

Landesstelle für Gemüse und Obst.

Am 28. September erlitt an der Westfront den Heldentod fürs Vaterland der Abteilungsvorsteher unserer Kasse

Herr Heinrich Liebst.

Die Kasse verliert mit ihm einen langjährigen, treuen, tüchtigen und beliebten Beamten. Er wird unvergessen bleiben. Vorstand und Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Lübeck.

ph. Verhafteter Dieb. Ermittelt und festgenommen wurde ein mit Zuchthaus vorbeistrater Uhrmacher, der seitens der Staatsanwaltschaft in Berlin wegen Rückfalldiebstahls gesucht wird.
ph. Treibriemendiebstahl. Festgenommen wurden zwei auf dem Hofhofenwerk internierte französische Staatsangehörige, die dortselbst einen Treibriemendiebstahl ausgeführt hatten.
ph. Eine Uhr gestohlen und verjagt. Festgenommen wurde eine Buchhalterin aus Japod, die in einem hiesigen Pensionat eine Uhr gestohlen und diese zu ihrem Vorteil verjagt hatte.
ph. Stadtbrieffling. Ermittelt und festgenommen wurde ein Seizer eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der seitens der Staatsanwaltschaft in Altona wegen Diebstahls stadtbrieffling verfolgt wurde.

Riel. Tragischer Tod. Ein recht betäubender Vorfall, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich in der Nacht vom Montag auf Dienstag in dem Hause Christianstr. 2. Die Arbeiterin Timm hatte dort am Montag in dem 3. Stock des Hauses ein Zimmer bezogen. Nach Einnahme des Abendessens, das sie sich auf dem Gasapparat zubereitet hatte, begab sich das junge Mädchen zur Nachtruhe. Am andern Morgen bemerkten Hausbewohner starken Gasgeruch. Sie ließen deshalb das Zimmer des Mädchens öffnen und fanden es bewußtlos im Bette liegend vor. Versuche zur Wiederbelebung seitens der herbeigerufenen Samariter waren erfolglos, das Mädchen war bereits tot. Vermutlich ist der Gasahn nicht fest genug abgedrückt worden und hat somit das ausströmende Gas den Tod des Mädchens herbeigeführt. Der Vorfall mahnt erneut, vor dem Schlafengehen die Gasapparate stets nochmals daraufhin zu prüfen, ob alle Föhne ordnungsgemäß abgedrückt sind.

Riel. Von der Straßenbahn totgefahren wurde im Stadtteil Ellerfeld die vierjährige Emma Lange. In neuerer Zeit hatten sich diese schweren Unglücksfälle.

Tönning. Tödllich verunglückt ist die Witwe des Hofbesizers H. Jürgens vom Moorhof in der Gemeinde Kolbenbüttel. Sie ist, als sie ihre Kinder auf dem Moorhofe besuchen wollte, auf dem von der Station Büttel dorthin führenden Landwege in einen Graben geraten und hilflos ertrunken.

Kofoed. Wucher mit dänischer Butter. Der Schleichhandel mit dänischer Butter über Warnemünde treibt gegenwärtig die üppigsten Blüten. Trotz schwerer Strafen, die auf die Ueberschreitung von Höchstpreisen gesetzt sind, haben heimliche Verkäufer für einen fünf Pfund enthaltenen Block dänischer Butter 53, ja 60 und sogar 65 Mk. gefordert. Auf der Bahnstrecke nach Berlin wurden in Waren in den letzten Tagen 70 Pfund und in Neustrelitz 360 Pfund Auslandsbutter beschlagnahmt. Verschiedene Reisende sind verhaftet.

Bremen. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich vor der Einfahrtsstraße beim Bullenberg in Goya bei einem auf der Fahrt von Diepholz nach Rotenburg befindlichen Wohnwagen der Zirkusfamilie Hünge aus Wiedendorf in Holftein. Die 15-jährige Lotti Hünge war eben dem Wagen entstiegen, um sich nach dem Wege zu erkundigen, als sie bemerkte, daß der Wagen ins Rutschen geriet: sie verlor sich, sich dagegen zu hemmen, um ein Umstürzen zu verhindern. Dies war ihr aber nicht möglich, der Wagen schlug um. Als die Wageninsassen sich befreit hatten, vermochten sie das Mädchen nur noch als Leiche unter dem Wagen hervorzuziehen.

Theater und Musik.

Stadttheater. Der Barbier von Sevilla, komische Oper von Rossini. Die Musik, welche Rossini zu der lustigen Handlung dieser Oper schrieb, hat trotz ihres reichlich hundertjährigen Alters nichts von ihrer Frische und Lieblichkeitsfähigkeit, ihrem Humor und ihrer Grazie verloren und der reichhaltige Quell prächtiger Melodien entzückt die heutige Generation ebenso wie diejenige, die zu der Zeit lebte, als das Werk das Rampenlicht erblühte. Ein sehr gut belehtes Haus nahm die gestrige Aufführung des „Barbiers“ mit vielem Beifall auf, der durchaus verdient war. Die Mitwirkenden läuteten selbst Freude an ihren Aufgaben zu empfinden und brachten das durch die durchweg glückliche Wiedergabe ihrer Partien in einer auch für das Publikum erfreulichen Weise zum Ausdruck. In der Titelrolle erwies sich Herr Schumacher als ebenso gewandter und beweglicher Darsteller wie als Sänger von Gelächern und lächeln, großen himmlischen Mitteln. Gleich die Auftrittsarie trug ihm Applaus bei offener Szene ein. Als Rosine gastierte die Kammerkängerin Fräulein Sira vom Hoftheater in Schwernia. Vornehme Gesangs- und leibere Intonation und amüßiges Spiel gewannen der Künstlerin viele Zuhörer. Herr Trimborn als tüchtiger Vertreter des Grafen Almaviva, Herr Ludewigs als komischer Dr. Bartolo und Herr Schwarz als Rosio waren die anderen Träger der Darstellung, die von Herrn Dr. Reiß mit Temperament und leichter Hand geleitet und von Herrn Brischke dirigiert war.

Bekanntmachung

betreffend Ermittlung der Herbstkartoffelernte.

Jeder Kartoffelerzeuger mit einer Herbstkartoffelbaufläche von mehr als 200 qm hat das Gewicht der von ihm seit 15. September 1917 geernteten Mengen fortlaufend täglich festzustellen und zu notieren. Die Gewichtsfeststellung hat in Zentnern zu erfolgen, insbesondere ist auch das Gewicht der zur Winterlagerung in Wägen bestimmten Mengen vorher genau festzustellen und zu notieren. Soweit die Kartoffelernte nicht bis zum 5. Oktober 1917 beendet ist, sind die noch nicht geernteten Kartoffeln von dem Kartoffelerzeuger unter Berücksichtigung des bisher festgestellten Durchschnittsertrages der Ernte zu schätzen oder ist durch Proberodungen der voraussichtliche Ertrag möglichst genau zu berechnen.

Das gewonnene Ergebnis ist bis spätestens den 10. Oktober 1917 mitzuteilen, in der Stadt und in den Vorstädten der Städtischen Karoffelstelle, in den eingemeindeten Gebieten den Polizeistationen und im Landgebiet den Gemeindevorständen. In den Landgebieten haben die Gemeindevorstände das Ergebnis in eine bei ihnen vom 1. bis 10. Oktober 1917 ausliegende Liste einzutragen. In der Stadt und in den eingemeindeten Gebieten hat die Mitteilung auf besonderen Formular zu geschehen, welches vom 1. bis 5. Oktober in Lübeck an den Polizeiwachen, in den eingemeindeten Gebieten auf den Polizeistationen abgeholt werden kann.

Januarabhandlungen gegen die Anordnung werden nach den Strafparagrafen des § 17 Nr. 3 der Bundesratsverordnung vom 28. Juli 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 556) bestraft. Lübeck, den 30. September 1917. (2981)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Zum 1. November (2982)
ein Mädchen, welches Eltern die Schule verlassen, für leichte Hausarbeit. Frau D. Wagner, Goldstr. 2.
Ein 2- od. 3-Zimmerwohn. zu mieten gesucht. Angeb. mit M W an die Exped. (2986)
Ein gr. Kinderstuhlwagen billig zu verkaufen. (2983) Glanbergstr. 25, I.
Kaninchen billig zu verkaufen. (2985) Königstr. 49, I.
Zu kaufen gesucht eine kleine gutehaltene Nähmaschine. Angebote mit Preis unter B K an die Exped. (2975)
Ein roter Kinderwagen verloren von Krampeisberg. Allee bis Glanberg. (2987) Abgegeben Glanbergstr. 27.

Nachruf.

Am 2. Oktober verstarb unsere treue Mitarbeiterin

Karoline Dübler.

Wir werden derselben ein treues Andenken bewahren.

Die Mitarbeiterinnen d. Sanitäts-Abteilung Drägerwerk. 2974

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10. (Högl. des Rab-Sparn. Eubeta.)

Hansa-Theater.

Beauvortrag, den 4. Oktober abends 7 Uhr: (2975) Wo die Schrauben sitzen

Bilderleisten

einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Stadttheater.

Donnerstag, den 4. Okt. 1917:

Lohengrin.

Freitag, den 5. Oktober 1917: Gastspiel von Arno Hoß v. Hoftheater Schwerin:

Faust.

Sonabend, 6. Oktober 1917:

Lohengrin.

Anfang der Vorstellungen 6 1/2 Uhr.

Sonntag, den 7. Oktbr. 1917: Nachmittags 3 Uhr: Jeder Platz 60 Pfg., Garderobengebühr 10 Pfg.:

Jugend.

Schauspiel von Max Halbe. Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abend von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr an d. Theaterkasse. Der Verkauf der Plätze für den III. Rang für die Sonntagsvorstellungen findet jeden Donnerstag eine halbe Stunde nach Beginn der Abendvorstellungen statt.

Ein Wort an die Arbeitereltern!

Seit Jahren betrachtet es die erwachsene Arbeiterschaft als besondere Ehrenpflicht, sich ihrer Jugend anzunehmen und ihr den Weg zu weisen, der aus der grauen Alltagsnot zu hohen leuchtenden Zielen, zu ernster Geistesbildung und freudigen Lebensbejahung führt. Zu diesem Zwecke wurde die frei Jugendbewegung ins Leben gerufen. Sie ist die Gemeinschaft aller jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Interessen sie in nachdrücklichster Weise vertritt. Sie gewährt ihren Anhängern Rat und Beistand bei Mißständen im Arbeitsverhältnis, sie bietet ihnen Veranstaltungen belehrenden und unterhaltender Art, interessante Vorträge aus allen Gebieten des Wissens, frisch-fröhliche Wanderungen in der herrlichen Natur, sowie Gelegenheit zur zwanglosen Aussprache im Kreise gleichgesinnter Kameraden und Kameradinnen.

Besonders die Jugendheime sind echte Bildungs- und Erholungsstätten für die Jugend. Die Abende in der Woche werden so ausgefüllt, daß jeder Jugendliche auf seine Rechnung kommt. Spiel- und Les-, Vortrags- und Diskussionsabende wechseln miteinander ab. Für die besonders Wissensdurstigen steht auch eine Bibliothek zur Verfügung. Kurz, es ist so recht die Welt, in der die Jugend sich wohl fühlt. Hier herrscht der Geist der Solidarität und des echten Pflichtbewußtseins.

Das geistige Band, das die Jugendlichen untereinander verbindet, ist unsere Jugendzeitung, die „Arbeiter-Jugend“. Sie erscheint vierzehntägig und ist reichhaltig und interessant ausgestattet. Bestellungen darauf werden in der Parteibuchhandlung, in den Jugendheimen usw. angenommen.

Pflicht der Arbeitereltern muß es sein, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter der freien Jugendbewegung und deren Veranstaltungen zuzuführen, sowie für sie die „Arbeiter-Jugend“ zu abonnieren. Jetzt zu Beginn des Winters ist die geeignetste Zeit zur Agitation für die Sache der Jugend, die zugleich Sache der gesamten Arbeiterschaft ist. Möge daher auch die erwachsene Arbeiterschaft mit allen Kräften unsere in der Jugendbewegung tätigen Genossen unterstützen, die jetzt erneut wieder eine nachdrückliche Agitation für die „Arbeiter-Jugend“ betreiben!

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag beriet am Mittwoch zunächst den Gesetzentwurf über die Ergänzung der Beisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte während des Krieges. Für die sozialdemokratische Fraktion ergriff Abg. Siebel das Wort. Er wandte sich nachdrücklich dagegen, daß die Auswahl der Beisitzer, die wegen der Unmöglichkeit, sie wählen zu lassen, ernannt werden, von solchen Körperlichkeiten oder Verwaltungsstellen erfolgt, von denen eine Begünstigung der Selben zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft zu befürchten wäre.

Nach kurzer Debatte ging die Vorlage an einen besonderen Ausschuss, der sie gewiß gründlich prüfen wird.

Es folgte die Beratung einiger Petitionen. Eine davon betraf die Freigabe von Sohlenleder für das Schuhmachergewerbe, und in sachkundigen Ausführungen wies Abg. Brühne die dringende Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen in dieser Frage nach.

Darauf setzte das Haus die vor längerer Zeit beonnene zweite Beratung der Vorlage über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte fort. Es handelt sich dabei nicht um

die Entschädigung der Reedereien, sondern um die Gewährung von Beihilfen zum Wiederaufbau und zwar in einem Betrage, der schon so, wie er einstweilen in Aussicht genommen ist, die Höhe des Wehrbeitrags von 1913 übersteigt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schuman stimmte dem Grundgedanken der Vorlage zu, die unbedingte Notwendigkeiten der Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens erfüllen will. Jedoch beantragt unsere Partei, daß die Beihilfen, soweit sie den Friedensbaupreis übersteigen, nur als Darlehen gewährt werden sollen. Weitere Währungsanträge der Sozialdemokraten fordern eine Zusammenlegung des Reichsauslasses, die nicht allein in die Hand der Bureaucratie gegeben sein, sondern auch der Bedeutung des Parlaments Rechnung tragen soll. Die Debatte kam noch nicht zu Ende, sie wird am Donnerstag fortgesetzt. In diesem Tage stehen zwar auch die Interpellationen über die behördliche Förderung alldeutscher und ähnlicher Agitationen auf der Tagesordnung, sie sollen aber erst am Sonnabend begründet, angeblich vom Reichskanzler beantwortet und vom Reichstag besprochen werden.

Berlin, 3. Oktober 1917.

119. Sitzung, Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundestisch: Dr. Helfferich.
Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Gesetzentwurf über die Ergänzung der Beisitzer der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungs-Schiedsgerichte während des Krieges. Abg. Siebel (Soz.) Wir können dem Entwurf darin folgen, daß zurzeit Neuwahlen der Beisitzer zu diesen Gerichten unzulässig sind, aber wir können nicht dem Weg zustimmen, auf dem der Entwurf den Beisitzerersatz beschaffen will. Man kann akzeptieren, daß die höhere Verwaltungsbehörde dafür die Initiative haben soll, aber auf keinen Fall darf die Wahl der Beisitzer den Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen, Kreis- und Ausschüssen überlassen werden, ohne daß sie bei der Auswahl auch nur im geringsten eingeeignet sind. Zu den so berufenen Beisitzern könnten die Arbeiter und Angestellten nicht das geringste Vertrauen haben. Durch eine solche Bestimmung würde man den Volk zum Gärtner machen, denn die Gemeindevertretungen und erst recht die Kreis- und Ausschüsse mit dem Landrat an der Spitze sind die reinen Klassenvertretungen. Bei einer solchen Regelung hätten die Gelben, die sich offen als Sturmkolonne der Arbeitgeber bekennen und betätigen, die allergünstigsten Ausichten. Das Ansehen der Kaufmanns- und Gewerbegerichte würde dann gründlichst zerstört sein. Die Gemeindevertretungen müßten dann mindestens an Vorschlagslisten gebunden sein, die von den Verbänden der Arbeiter und Angestellten aufzustellen wären. In Händen dieser Vorschlagslisten sollte nach dem Wahlergebnis der letzten Wahl die Verteilung erfolgen. Angesichts der Kriegserfahrungen ist es ferner dringend geboten, endlich auch den erwerbsfähigen Frauen die Wählbarkeit einzuräumen. Wir werden die Einfügung entsprechender Bestimmungen in das Gesetz beantragen. Der Krieg hat die staatsbürgerliche Reife der Frauen mit so klaffender Klarheit bewiesen, daß wir wohl auf Annahme unseres Antrages rechnen können. Ferner werden wir die Streichung der Bestimmungen beantragen, die darauf hinausgehen, daß nie mehr als zwei Beisitzer hinzugezogen werden dürfen und daß im ersten Termin der Vorsitzende in allen Fällen allein die Verhandlung führen soll. Die erste Bestimmung widerspricht vollkommen dem Charakter dieser Gerichte als Laiengerichte und die andere Bestimmung würde dazu führen, daß in vielen Fällen ein zweiter Termin abgehalten werden muß, wo sonst nur ein Termin nötig wäre. Durch Annahme unserer Anträge würden Sie den Entwurf so gestalten, wie er den Wünschen und dem Rechtsempfinden der Arbeiter und der Angestellten entspricht.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die von dem Vordrucker zuerst kritisierte Bestimmung des Entwurfs ist auch in dem jetzigen Gesetz schon enthalten. Es ist also nicht einzusehen, wie diese Bestimmung das Vertrauen zu den betreffenden Gerichten mindern könnte. Der Vorschlag auf Einführung von Vorschlagslisten beruht auf dem Vorgang des Hilfsdienstgesetzes. Dort lagen aber die Verhältnisse praktisch anders. Die Wählbarkeit der Frauen würde einen ganz neuen Grundlag in das Gesetz einführen, was bei dieser Gelegenheit nicht angängig sein dürfte.

Abg. Marquardt (N.) Ich schließe mich dem Vorschlage des Abg. Siebel auf Einführung von Vorschlagslisten seitens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen an, ebenso dem Vorschlag auf Streichung der Bestimmung, die die Zuziehung von mehr als 2 Beisitzern unmöglich machen soll.

Abg. Behrens (Dr.): Die Ersatzmänner für die Beisitzer sollten aus den Organisationen genommen werden, denen die ausgegliederten angehören. Die Nichtzuziehung von Beisitzern, die der letzte Absatz des Entwurfs gestattet, ist um so unnötiger, als der Entwurf ja gerade die Möglichkeit bringt, Ersatz für die ausgegliederten Beisitzer zu schaffen.

Abg. Siebel (Soz.): Nach den Ausführungen des Regierungsvortragenden scheint es unmöglich, den Entwurf im Plenum zu verabschieden. Deshalb beantragen wir seine Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Giesberts (Zentr.) Ich schließe mich diesem Antrage an, desgleichen Abg. Schiele (Konf.).

Abg. Stadthagen (US.): Auch während des Krieges können sehr wohl Wahlen stattfinden, freilich müßten sich die Militär- und Verwaltungsbehörden jeder Wahlbeeinflussung enthalten. Am besten wäre es, den Entwurf sofort abzulehnen, doch wollen wir uns einer Kommissionsberatung nicht widersetzen. Die Debatte schließt. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Berichte des Ausschusses für Handel und Gewerbe.
Eine Eingabe betreffend Zulassung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland wird zur Berücksichtigung bezw. als Material überwiesen.

Eine Eingabe fordert Freigabe von Sohlenleder für das Schuhmachergewerbe.

Abg. Brühne (Soz.): Die Ledernappheit ist ja vorhanden, aber es müßte trotzdem so viel Material zur Verfügung gestellt werden, daß die vorhandenen Schuhe, wenn sie schadhaft geworden, wiederhergestellt werden können. Allein in der Stadt Frankfurt a. M. warten eine Million Paar Stiefel auf Ausbesserung. Große Enttäufung herrscht über die ungeheuren Preise für die Ersatzstoffe. Diese Ersatzstoffe sollte man als Ersatzstoffe verwenden, sie sind nicht mehr wert, als daß man sie in den Ofen steckt. Eine Abhilfe ist hier dringend notwendig. Im Sommer konnte man sich noch helfen, im Notfall mit Barfußlaufen, im Winter aber wird es so weit kommen, daß Tausende von Arbeitern nicht zur Arbeit und Tausende von Kindern nicht zur Schule werden gehen können. Man hätte recht wohl rechtzeitig für die Anfertigung von Sandalen sorgen können. Statt dessen hat man das ganze Handwerk darnieder liegen lassen. Hier muß unbedingt die Militärbehörde das notwendige Quantum von Leder freigeben. (Zust. b. d. Soz.)

Die Eingabe wird für erledigt erklärt.

Die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Abg. Bell (Zentr.): Die finanzielle Tragweite des vorliegenden Entwurfs ist noch als eine Milliarde Mark. Und dazu soll nach dem Kriege noch ein Reedereientschädigungsgesetz kommen, denn jetzt handelt es sich um Beihilfe. Man hat diesen Entwurf ein Ausnahmengesetz zugunsten einer einzelnen Kapitalistenklasse genannt, aber mit Unrecht, denn an der möglichst schnellsten Wiederherstellung der Handelsflotte ist unsere gesamte Volkswirtschaft, nicht zum wenigsten auch der Mittelstand und die Arbeiterklasse interessiert. Mit der Gewährung von Darlehen, selbst zu den günstigsten Bedingungen, wäre das Ziel des möglichst schnellen Wiederaufbaues der deutschen Handelsflotte nicht zu erreichen; es blieb daher nur der von der Vorlage gewählte Weg der Gewährung von Beihilfen übrig. Wir beantragen eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, woran einem späteren Reichsgesetz vorzubehalten ist, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnern der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind. Ferner wünschen wir, daß eine einseitige Bevorzugung der Großreedereien ausgeschlossen bleibt, es müssen vielmehr auch die mittleren und kleinen Reedereien berücksichtigt werden. Wir sehen in der Vorlage ein großzügiges Friedenswerk. (Bezw. im Zentrum.)

Abg. Schuman (Soz.): Der Entwurf ist von größter Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Ohne starke Handelsflotte kann Deutschland keine Stellung im Welthandel nach dem Kriege nicht wieder erringen. Die Abriß Englands, Deutschland als seinen Konkurrenten vom Weltmarkt auszuschalten, soll durch diese Vorlage durchkreuzt werden. Dieses Ziel liegt auch im Interesse der deutschen Arbeiter. Deshalb stimmen wir dem Grundgedanken der Vorlage zu. Die Verluste der deutschen Handelsflotte während des Krieges sind sehr groß. Gelänge es uns nicht, diese Verluste schnell auszugleichen, so wäre Deutschland von den ausländischen Reedereien abhängig und die deutsche Industrie wäre infolge der hohen Frachten, die sie zu zahlen hätte, gegenüber dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig. Aus eigener Kraft sind die deutschen Reedereien infolge der großen Verluste, die sie erlitten haben, und infolge der gestiegenen Baukosten nicht in der Lage, die verlorene Tonnage wieder zu ersetzen. Grund-

Der Nachrichten.

Kulturhistorische Novelle von Levin Schüding.
3. Fortsetzung.

Von allen Menschen gemieden, sagen wir — das war Meister Bäumlle freilich doch nicht so ganz, und bald war es auch Theodor nicht. Denn erstens hatte Meister Bäumlle einen gar warmen zukünftigen Freund, der sich nicht um Volksworte kummerte und ihm verb auf die Achsel schlug, wenn er ihn besuchte, und auch mit ihm trank, und Leben und Lärm in die stille Scharfrichtererei brachte, wenn er kam — ein mittelgroßer, wohlgenährter Mensch mit einem Paar großer vorliegender Augen, breitem Kinn und viden, sinnlichen Lippen; dabei mit einer verwegenen Art sich auszudrücken und bei dem, was er daherschwätzte, sich weder um geistliche noch weltliche Obrigkeit kümmernd. Nur schade, daß Bäumlles Freund nur alle paar Jahre sich einmal blicken ließ und sonst anderweitig beschäftigt war — er war nämlich der Herzog. Der gnädigste Landesherren hatte seinen Meister Bäumlle in besondere Affektion genommen und besuchte ihn und trank von seinem Wein, so oft er auf Reisen oder um der Jagd wegen ins Oberamt T. kam; er hatte auch seinem Freunde zur Belohnung für treue Dienste und, zu einer „Ergötzlichkeit“, die Pflegschaft Hohengingen, d. h. das Recht, allen denen, die auf der Staatsfestung Hohengingen saßen und justifiziert werden sollten, den Kopf abzuschlagen, verliehen. — Meister Bäumlle stand sich, ein Jahr ins andere gerechnet, wohl um 100 Gulden besser dadurch. Und eben um dieser Arbeit willen, die da auf der Feste Hohengingen zu verrichten war, und wobei der Meister ab und zu einen flüchtigen Blick in eine gar wunderliche und unheimliche Geschichte gewann, deren letzter Akt in den Gewässern und Reußen der herzoglichen Staatsfestung spielte — eben deswegen war zwischen dem Landesherren und seinem — exekutur des haites oetores, seinem Hofarchitekten, nach und nach so etwas wie eine Intimität, eine gewisse Freundschaft entstanden — nicht zwar so warm wie die zwischen David und Jonathan, aber doch so aufrichtig wie die zwischen Ludwig XI. und seinem Tristan.

Und dann ferner war Meister Bäumlle ein weit und breit gefürchteter Mann, weil er ein ausübend geschickter und erfahrener Tierarzt war, und Theodor Brandlecht, der ja Chirurgie studiert hatte, dem er alle seine Geheimnisse und Kenntnisse mitteilte, was es bald auch. Es war merkwürdig, mit welchem Interesse der junge Scharfrichter sich dieser Beschäftigung zuwandte, mit welcher sanften Behutsamkeit er die Wunde tugend eines armen von ihrem Ober blieserten Jagdhundes untersuchte, mit welcher ansehenden Geduld er neben dem Heberkranken, stöhnenden Kopf eines armen Bäuerleins stand und den Puls beobachtete und den nachher Moment zu Wechsel und Wirtur wahrnahm. Es schien,

in dem Maße, wie ihm die Menschen fremder wurden und er lächter und abgewandter gegen sie und verhärteter gegen ihre Leiden, und je mehr es ihm gelang, in eiferner Entschlossenheit den armen Teufeln, die ihm das Gesetz zu Füßen warf, den Gewaltkreis zu geben, der sie in die andere Welt schleuderte — es schien, desto mehr wende sich sein Herz der armen hilflosen Kreatur zu, deren Kräfte und unterwürfigen Willen die Menschen ausbeuten und sie daneben mißhandeln, — ja! wie sie's im Grunde mit ihm machten, der dafür, daß er keine Arme willfährig zu dem herliche, was die Gewalt gebietet, und mit allen Zwangsmitteln ausgeübt von ihm verlangte, vernachlässigt, gehäßt und verabscheut wurde.

Die Jahre flogen dahin, Meister Bäumlle ward zu seinen Vätern vertrieben, seine Frau sah alt und schwach jetzt im Großvaterstuhl und hielt auf ihren Knie die Enkel, die Anne Marie ihrem Manne geboren; und wenn Frau Themas ein Opfer forderte, dann hieß es nicht mehr, Meister Bäumlle, sondern Meister Brandlecht soll kommen!

Meister Brandlecht kam denn auch gehorham dem Ruf; sicher und ruhig tat er seine schwere Pflicht — aber hatte er sein Werk verrichtet, dann war er jedesmal wie von einer schweren Unruhe erfaßt; er schien auf glühenden Kohlen zu stehen, bis nur der Gerichtsschreiber ihm sein Zeugnis über die gut und zur Zufriedenheit der Schöffen geleistete Arbeit ausgestellt hatte, und dann eilte er heim, als ob böse Geister hinter ihm her wären und ihn verfolgten, solange bis er sich wieder bei Weib und Kind befand.

Eines Tages aber wurde eines der Kinder krank. Es war ein Mädchen von acht Jahren, ein hübsches blaumütziges und blondhaariges kleines Weibchen der Anne Marie, nur von Geburt an immer zart und schwächlich, und vielleicht gerade deshalb vor allen anderen der Beschling und das Herblat des Waters. Der Zustand des Kindes verschlimmerte sich rasch — es wimmerte wegen seiner unerträglichen Kopfschmerzen, und sein Puls nahm in erschreckender Weise zu — es schien, daß eine Gehirnentzündung das arme Weibchen den Eltern rauben wolle. Theodor Brandlecht wenigstens glaubte es und sah, die Todesangst im Herzen, an seinem Bettchen, ohne zu weichen, den Tag, den Abend hindurch und so tief es auch Nacht wurde. Er hatte am Ritternacht die schluchzende Mutter fortgeschickt, damit sie sich ausruhe, und nun sah er allein da und lauschte auf die heißen Atemzüge des Kindes und auf das Ticken der Schwerkammer Uhr und das Raufchen des Nachtwindes, der die Weinreben gegen die hölzerne Galerie des Hauses schlug.

Da schlug draußen der Hofhund, den er heute abend ver-

wie Hufschläge und endlich auch Stimmen, und dann wurde heftig an Brandlechts Haustür gepöckelt.

Er ging zu öffnen und fand draußen auf dem Söller zwei Männer stehen; soviel er in der sternhellen Nacht sehen konnte, war unten vor dem Hause noch ein dritter, der die Pferde hielt, auf denen sie gekommen. Sie waren in Mänteln, darunter in Uniform; als sie eingetreten waren und der Schein der Lampe auf sie fiel, erkannte Brandlecht Reiter von der Besatzung von Hohengingen in ihnen.

„Nach auf, Meister Brandlecht?“ sagte der eine, „wir fürchteten ihr Würdet uns länger pochen lassen.“

„Mein Kind ist krank! Was wollt ihr?“ verzögerte Brandlecht.

„Nun, 's ist desto besser,“ fiel der andere ein, „so brauchen wir nicht zu warten. Nehmt euren Mantel und euer Handwerkszeug — 's gibt zu tun für euch.“

„Jetzt, in der Nacht soll ich fort?“

„Nacht voran; der Kommandant von Hohengingen braucht euch!“

„Seid ihr nicht geschick — ich soll von meinem kranken Kinde fort?“

„Was geht uns euer Kind an — 's ist befohlen so, Meister Brandlecht — also sperrt euch nicht!“

„Befohlen aber nicht befohlen — ich gehe nicht! Nacht, daß ihr heimkommt!“

„Ei, seh einer den Meister Brandlecht an!“ rief jetzt der erste der Reiter aus. „Der sperrt sich! Meister, ich rat' euch gut, geht euch drein und seid nicht halbsüchtig. Es ist nach der Feste Hohengingen, wohin wir euch liefern sollen, und mit dem Dienst da auf der Feste oben, das wißt ihr, versteht unser Herzog keinen Spaß!“

„Und just weil's nach Hohengingen ist,“ verzögerte Meister Brandlecht zornig, „geh' ich nicht. Ich habe einen Ekel an dem, was mir da aufgeladen wird — heimlich, als müßt's das Licht sehen — und — und — ich tu's einmal nicht!“

„Fahr' dir der Teufel ins Genick, Hentersinecht!“ fluchte der erste der Reiter; „wiltst du uns unglücklich machen, wenn wir heimkommen mit einem schönen Gruß an den Herrn Kommandanten, und der Meister Brandlecht heße abgahn, er könnte nicht kommen! — Du mußt, in Stimpf oder Schimpf, in Gütte oder Gewalt!“

Die Stimmen der Männer hatten sich erlosch und hatten Anne Marie aus ihrem leisen Schlaf geweckt; sie kam herunterge-eilt und suchte, nachdem sie gehört, wovon die Rede, ihren Mann zu beschwichtigen.

(Fortsetzung folgt.)

Nächtlich stimmen wir also dem Gesetze zu, das den Reedereien zu diesem Zwecke Beihilfen gewährt wird. Wir beantragen aber...

Hg. Carstens (Rp.): Der Entwurf wird sicher 1 1/2 bis 2 Milliarden verlangen. Aber wer U sagt, muß auch B sagen...

Hg. Stuhmann (Natf.): Wir begrüßen die Vorlage mit Genugtuung. Gegenüber den Zerwürfen der deutschen Handelsflotte...

Die schwedischen Wahlen.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Mit der Stimmzählung in Stockholm II am 26. September haben die Neuwahlen für die Zweite Kammer ihren Abschluß gefunden...

Was die Niederlage der Rechten vor allem charakterisiert, ist der Abfall der Wähler. Ihre Stimmzahl ist von 269 000 im Herbst 1914 auf 179 000 heruntergegangen...

Die Liberalen können zufrieden sein. Sie sind von 196 500 auf 202 000 Stimmen gekommen was freilich noch beträchtlich hinter ihrer Stimmzahl von 1911 (243 000) zurückbleibt...

Das die absolute Minderzahl beträgt, so sind die folgende: Die Arbeiterpartei brachte 1914 266 000 Stimmen auf, diesmal 223 000. Die Linksozialisten sammelten 59 000 Stimmen...

jetzige Spaltung als vorübergehende Erscheinung an, gewinnt man bedeutende Ausflüsse. Vorläufig allerdings ist der Krieg zwischen den beiden Richtungen mit großer Erbitterung geführt worden...

Wenn also der erste Offenversuch der Linksozialisten mißglückt ist — und im Interesse der späteren Wiedervereinigung ist das sicher nicht zu beklagen — so ist damit die Opposition noch nicht als bedeutungslos erwiesen...

Das große politische Ergebnis dieser Wahlen ist also der Zusammenbruch der Rechten. Welches sind seine Ursachen? Einerseits das Verflachen der nationalistischen Demagogie...

Die auswärtige Politik hat im Wahlkampf wohl eine Rolle gespielt, wenn auch nicht in jenem Sinne, den man ihr — mit dem bekannten leidigen Mangel an taktischem Geist wie an Takt — in der deutschen Presse vielfach zugeschrieben hat...

Anträge auf Änderung der Verfassung und der Verwaltung in Bayern.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat am 28. September folgende Anträge eingebracht:

- 1. Antrag auf Änderung der Verfassung. 1. Erhebung des Zweikammerregimes durch das Einkammerregime. 2. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag für alle volljährigen bayerischen Staatsangehörigen...

Antrag auf Änderung der Verwaltung.

- 1. Zweckmäßige Vereinfachung und Ausgestaltung der Vertretung Bayerns bei deutschen Bundesstaaten und im Ausland. 2. Einföhrung der oberen Beamtenstellen. Einführung der reinen Verwaltungsstellen und der reinen Reparatursstellen...

Teilnahme an Gemeindegewinnungen. Einkammerregime. Verleihung der Kreisamittelbarkeit an alle Gemeinden über 10 000 Einwohner. Schaffung eines Zweikammerregimes. Zeitgemäßer Ausbau des Rechts der Zwangsenteignung...

Weiter interpelliert unsere Landtagsfraktion in Bayern die Staatsregierung wegen der Verfolgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen, wegen der schwindelhaften Steigerung der Preise von Hilfsstoffen und Verbrauchsgüterarten...

Politische Rundschau. Deutschland.

Hindenburgs Geburtstag. Bei der Feier seines 70. Geburtstages im Großen Hauptquartier dankte Hindenburg für die Glückwünsche der Bevölkerung, die der Landrat darbrachte...

Die reaktionär-alldeutsche Presse hebt den von Hindenburg gesprochenen Satz im Druck besonders hervor und macht so ersichtlich, daß sie diese Worte gern gegen die von ihr so bitter gehätselte Reichstagsmehrheit ausnutzen möchte...

Gewaltfrieden und Gewaltmitgliederschaft.

Für die „Deutsche Vaterlandspartei“ stellt die Gewalt das einzige ethische Prinzip dar: nicht nur der Frieden muß auf der Grundlage der Gewalt abgeschlossen werden, auch die Mitglieder der Partei müssen mit Gewalt zu dieser Gewaltpartei herangezogen werden...

An die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Vaterlandspartei Straßburg.

Wie Sie aus der Presse wissen, ist in Straßburg eine Ortsgruppe der Vaterlandspartei gegründet. Jeder Deutsche, gleichgültig welchem Stande, welcher Partei oder welcher Konfession er angehört, muß dieser neue gegründeten Vaterlandspartei beitreten...

Der Mindestjahresbeitrag beträgt 1 Mk. Straßburg, den 25. September 1917.

geg. Hartlieb, Direktor der Ue-Z. Straßburg. Was es für einen abhängigen Beamten und Angestellten bedeutet, wenn der Direktor schreibt „ich fordere auf...“ weiß jeder, der die Verhältnisse kennt...

Der Geldgrau. In Güttersloh fand, wie die „Bekanntere Volkszeitung“ berichtet, eine Versammlung der „Vaterlandspartei“ statt, in der Universitätsprofessor Hoffmann Belgien, Polen, Russland, Litauen und Teile von Nordfrankreich annahm...

Aus Nah und Fern.

Drei Hochtouristen abgestürzt. In den Gletscherschlünden am Kleinen Spannort stürzte der Färbereibesitzer Seelig, ein bekannter schweizerischer Hochtourist...

Vom Starkstrom getötet. Aus Schönholzerwippen (Kanton Thurgau) melden die „Basler Nachrichten“: Gestern flog ein losgerissener Registrierballon in der Nähe des Dorfes über das Feld und schleifte einen Draht hinter sich her...

Tsujun-Katastrophe in Japan. Reuter meldet aus Tokio vom 1. Oktober: Hier wüthete vier Stunden lang ein Tsujun; 138 Menschen wurden getötet, 168 verwundet, 217 werden vermißt. 1346 Häuser sind vernichtet, 2098 beschädigt...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gießen in Deutschland.